

**Titel:**



**Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson, wie lässt er sich definieren und findet er heute noch eine korrekte Verwendung?  
Ein Anwendungsbeispiel anhand der Regierungsbildung der SPD 2017/2018**

**Autorin:**

Ronja von der Heydt

Diese wissenschaftliche Hausarbeit wurde aus Anlass  
eines Studiums „Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft M.A.“

an der

**Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

verfasst.

Halle (Saale), 19.12.2018

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Ideengeschichtliche Herleitung des Begriffs der Staatsräson.....	5
2.1. Historie.....	6
2.1.1. Ideengeschichtliche Vorüberlegungen in der Antike.....	7
2.1.2. Einführung der Begrifflichkeit der Staatsräson in der Renaissance.....	10
2.1.3. Staatsräson im Absolutismus und dem Zeitalter der Aufklärung.....	17
2.2. Zeitgenössische Auslegungen und Definitionen.....	21
2.3. Zusammenfassung des Begriffsumfangs der Staatsräson.....	22
3. Analyse der Verwendung des Begriffs der Staatsräson im Zusammenhang mit der SPD während der Regierungsbildung 2017/ 2018 in den Medien.....	24
3.1. Chronologie der Regierungsbildung 2017/ 2018.....	24
3.2. Quantitative Analyse der Zeitungsartikel zum Thema Staatsräson.....	25
3.3. Qualitative Analyse der Verwendung des Begriffs der Staatsräson in Zusammenhang mit der SPD in den Zeitungartikeln.....	29
4. Auswertung.....	33
5. Fazit.....	36
Quellenverzeichnis.....	39

## 1. Einleitung

„Was war das für ein Parteitag. Genossen, die sich stundenlang streiten, gegenseitig plagen, fetzen. Nur dürre Beifall nach seiner Rede – obwohl er [Martin Schulz] doch seit Wochen die Last zwischen Staatsräson und Parteierhalt ganz alleine schultert. Und seine Genossen mit diesem letzten, eindringlichen Appell davon überzeugen wollte, dass es richtig ist, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen. Und dann ein solch dürres Abstimmungsergebnis: 362 Ja-Stimmen, 279 dagegen. 56 Prozent. Nur 56 Prozent.“<sup>1</sup>

Im September 2017 fand die 19. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt. Erst ein halbes Jahr später kam ein Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur Bildung einer Regierung in Deutschland zustande. Nicht nur die Überzeugung der Parteibasis, zum Beispiel in der SPD, wie oben in dem Zitat beschrieben, waren der Grund für die lange Phase der Regierungsfindung. Von vornherein wurde die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl als „kompliziert“<sup>2</sup> bezeichnet. Die Verlierer der Bundestagswahl sind die vorherigen Regierungsparteien Union und SPD. Sie erreichten 32,9 Prozent und 20,5 Prozent, was einem Verlust von über acht beziehungsweise über fünf Prozent entspricht. Als drittstärkste Kraft zieht die AfD mit 12,6 Prozent erstmals auf nationaler Ebene ins Parlament ein. Auch neu, jedoch als Wiedereinsteiger, erreichte die FDP 10,7 Prozent. Sie sind die Gewinner der Bundestagswahl. Danach folgen Die Linke mit 9,2 Prozent und die Bündnis 90/ Die Grünen mit 8,9 Prozent.<sup>3</sup> Noch am Wahlabend schloss Martin Schulz, Kanzlerkandidat der SPD, eine weitere Große Koalition (GroKo) aus, weshalb rechnerisch nur noch eine Jamaika-Koalition aus CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen eine Mehrheit erreichen konnte.<sup>4</sup> Deren Sondierungen scheiterten jedoch, als die FDP im November die Verhandlungen abbrach, das sogenannte Jamaika-Aus. Die SPD blieb zunächst bei ihrem Beschluss, in die Opposition zu gehen.<sup>5</sup> Doch erhöhte sich der politische Druck vor allem mit der Aussicht, ansonsten Neuwahlen zu riskieren, sodass die Sozialdemokraten letztendlich den Sondierungen mit der Union zustimmten. Nach den Hürden des oben beschriebenen Parteitages, wonach Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden konnten, und einer Mitgliederbefragung der Parteibasis, kam der Koalitionsvertrag der GroKo am 12. März 2018 zustande.<sup>6</sup>

Während dieser halbjährigen Regierungsbildung wurde die SPD in den Medien des Öfteren in Zusammenhang mit dem Begriff der Staatsräson gebracht, wie das oben genannte Zitat

---

1 Süddeutsche Zeitung: Erschöpfter Königspinguin im TV-Studio, vom 22.01.2018.

2 Zeit Online: Große Koalition oder große Komplikationen, 06.09.2017.

3 Tagesschau: Wahlergebnis, vom 25.09.2017.

4 Tagesspiegel: CDU und CSU verlieren massiv, vom 24.09.2017.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Aus für Jamaika, vom 20.11.2017.

6 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Berlin, März 2018.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

aus der Süddeutschen Zeitung verdeutlicht. Der Kontext dieser Artikel legt nahe, dass die SPD aus Gründen des Staatsinteresses eine Koalition mit der Union eingehen soll oder muss. Dabei wird der Begriff der Staatsräson jedoch nicht näher definiert, oder zum Teil mit staatspolitischer Verantwortung gleichgesetzt. Die Verwendung des Begriffes der Staatsräson in Verbindung mit der Regierungsbildung der SPD soll Analysegegenstand der vorliegenden Arbeit sein. Um diese Verbindung untersuchen zu können, soll die Herkunft und Bedeutung des Begriffes ideengeschichtlich hergeleitet und näher definiert werden. Aus sechs deutschen Tages- und Wochenzeitungen sowie Magazinen, dem Focus, dem Spiegel, der Zeit, der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), der Süddeutsche Zeitung (SZ) und der Tageszeitung (TAZ), wurden alle Artikel mit den Wörtern „SPD“ und „Staatsräson“ im Zeitraum von der Bundestagswahl bis zum Koalitionsvertrag recherchiert. Die Verwendung des Begriffs der Staatsräson soll anschließend an Hand der Artikel auf das Verhalten der SPD während der Regierungsbildung angewendet werden. Dabei wird überprüft, ob der Begriff laut der aktuellen Begriffsdefinition in diesem Zusammenhang eine korrekte Verwendung findet. Die Fragestellung dieser Arbeit lautet daher: Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson, wie lässt er sich definieren und findet er heute noch eine korrekte Verwendung? Dabei soll die folgende These überprüft werden: Dass aus Gründen des Staatsinteresses die SPD eine Regierung eingehen muss, ist auf Grund der Begriffsdefinition nicht korrekt, weshalb die Verwendung des Begriffes der Staatsräson in diesem Zusammenhang nicht sinngemäß ist.

Die Staatsräson wurde in der politikwissenschaftlichen Literatur sehr ausführlich in seiner Historie analysiert und beschrieben. Zuletzt verlor der Begriff der Staatsräson jedoch an wissenschaftlicher Bedeutung, was sich literarisch daran zeigt, dass diese Analysen nicht bis ins derzeitige Jahrhundert reichen.<sup>7</sup> Dennoch findet die Staatsräson in der Öffentlichkeit weiterhin Verwendung. Es gilt festzustellen, ob dabei der begriffliche Inhalt von dem abweicht, was die wissenschaftliche Definition vorsieht. Daher ist es von großem Interesse die aktuelle Verwendung des Begriffes in Bezug auf die Begriffshistorie hin zu analysieren.

Im Folgenden soll die Staatsräson ideengeschichtlich hergeleitet werden. Dazu werden Theoretiker von der Antike, über die Renaissance, bis in die Neuzeit auf ihren Bezug zur Staatsräson hin untersucht, um dann zu der aktuellen Begriffsdefinition und seiner Verwendung zu gelangen. Danach soll die Verwendung des Begriffes in Zusammenhang mit der SPD analysiert werden. Dazu wird die Regierungsbildung kurz dargestellt und eine quantitative und qualitative Analyse der Artikel vorgenommen. Während in der quantitativen

---

<sup>7</sup> Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, R. Oldenbourg Verlag, München, 1957, Friedrich Meinecke Werke, Band 1, S. 481.

Analyse die Artikel nach ihrem Veröffentlichungsdatum, den Zeitungen und nach den Autoren der Aussagen über die Staatsräson in den Artikeln hin analysiert werden, geht die qualitative Analyse spezifisch auf die Verwendung des Analysebegriffes, seinen Kontext und dessen Bewertung ein. Anschließend wird mit Hilfe der zuvor herausgearbeiteten Begriffsdefinition die Verwendung der Staatsräson in Bezug auf die SPD in den Artikeln explizit analysiert. In der darauffolgenden Auswertung soll die aufgestellte These argumentativ überprüft und zuletzt ein Fazit gezogen werden.

## **2. Ideengeschichtliche Herleitung des Begriffes der Staatsräson**

Die Staatsräson ist ein sehr schwer zu fassender Begriff. Allein das Wort ist im Deutschen in zwei Schreibweisen möglich; Staatsräson und Staatsraison<sup>8</sup>, wobei die Rason aus dem lateinischen ratio, im Französischen raison, abgeleitet ist und mit „Vernunft“ übersetzt werden kann.<sup>9</sup> So ist die Staatsräson „ein Prinzip, das die Interessen des Staates über alle anderen (partikularen oder individuellen) Interessen stellt. Nach diesem absolutistischen bzw. obrigkeitsstaatlichen Prinzip ist die Erhaltung der Macht, die Einheit und das Überleben des Staates ein Wert an sich und rechtfertigt letztlich den Einsatz aller Mittel, unabhängig von Moral oder Gesetz.“<sup>10</sup> Ein Pendant zum modernen Begriff der Staatsräson bildet das italienische ragione di stato oder ratio gubernandi, entstanden im 16. und 17. Jahrhundert, wobei sprachlich so die Vernunft mit dem Regieren und Lenken verbunden wird.<sup>11</sup> Grundlegend steht im Diskurs über den Begriff der Staatsräson die zentrale Frage im Vordergrund, ob der Staat seinen Normen untergeordnet ist, oder ob er diese missachten darf, um seinen eigenen Fortbestand und damit den Schutz dieser Normen in der Zukunft zu sichern. Diese Frage lässt sich bis heute anhand von aktuellen Problemsituationen präzisieren. Seit dem 11. September und der darauffolgenden Terrorbekämpfung ausgehend von der USA und in Europa finden sich westliche Staaten immer öfter in staatsräsonablen Entscheidungssituationen wieder.<sup>12</sup> So, wie das gezielte Töten von Köpfen gefährlicher Terrormilizen im Beispiel Osama Bin Ladens 2011 durch die USA. Es verdeutlicht die komplexe Vielschichtigkeit der Frage nach der Staatsräson und ihrer Bewertung. In diesem Zusammenhang stellt sich zum Beispiel die Frage, ob es im legitimen Aufgabenbereich des

---

8 Duden: Staatsraison [Stand: 16.10.2018 16:05].

9 Duden: Rason [Stand: 16.10.2018 16:11].

10 Schubert, Klaus; Klein, Martina: Das Politiklexikon, Dietz Verlag, Bonn, 2006, S. 288.

11 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht Die Rationalität politischer Macht bei Thukydides, Machiavelli und Michel Foucault, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2009, S. 13.

12 Vgl. Voigt, Rüdiger: Staatsräson: Steht die Macht über dem Recht?, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2012; in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Staatsverständnisse, Band 50, Kap. 3.1.

Staates liegt, einen Terroristen zu foltern, um an den Informationen über den Standort einer Bombe im Inland zu gelangen, obwohl innerstaatlich Foltermethoden verboten wurden? Die Staatsräson ist daher auch für den modernen Staat von großer Bedeutung und begrifflich keinesfalls eindeutig erfasst. „Als eine politisch historische Konkretisierung des epochenübergreifenden Problems, wie Macht und Recht, Zweck und Mittel, Ziel und Weg zusammenzudenken sind“<sup>13</sup>, soll im Folgenden die Staatsräson und ihr Inhalt zunächst ideengeschichtlich hergeleitet werden. Danach werden zeitgenössische Definitionen des Begriffes abgebildet und eine Zusammenfassung der Begriffshistorie gegeben.

### **2.1. Historie**

Ebenso, wie sich der Begriff selbst durch mehrere Definitionen und Begriffsabgrenzungen auszeichnet, so ist auch seine Herkunft nicht stringent und eindeutig nachvollziehbar. Die Staatsräson zeichnet sich durch das Vereinen von Normen und Macht innerhalb eines Staates aus. So ergeben sich aus Normen Handlungsrichtlinien, die für das Bestehen eines Staates essenziell sind und meist durch die Verfassung begründet und geschützt werden. Für dessen Schutz wird dem Staat Macht verliehen, welche innerhalb der geltenden Rechte ausgeübt werden kann. Problematisch wird dieses Zusammenspiel jedoch, wenn der Staat an ein Existenzproblem gelangt, zum Beispiel durch eine Bedrohung von außen, wie die Bedrohung durch Terroranschläge oder kriegerische Nachbarstaaten. Ist die Existenz des Staates bedroht, sind gleichzeitig auch die Normen des jeweiligen Staates gefährdet. Mit Hilfe des Einsatzes von Macht können diese nun mit mehr oder weniger Mitteln verteidigt werden, wobei ein Mehr an Verteidigung meist auch zu wachsenden Verletzungen der eigenen Normen führt. Die Begriffshistorie der Staatsräson ist von den Schlagworten Macht, Recht und Moral durchzogen. Als herausragender Theoretiker in der politischen Ideengeschichte dreht sich das politische Werk Niccolo Machiavellis um genau diese Schlagworte. Er gilt als Begründer des Diskurses über die Staatsräson<sup>14</sup>, der erstmals die Normen des Staates „für politisch dysfunktional erklärt“<sup>15</sup> hat, ohne jedoch die Staatsräson als Begriff zu benennen. Der Begriff selbst wird in Form der *ragione di stato* erst in Reaktion auf Machiavelli von Francesco Guicciardini<sup>16</sup> eingeführt und von Giovanni Botero als festen Begriff und Vorläufer der heutigen Staatsräson etabliert. Daneben datieren Autoren, die eine begriffsunabhängige Herleitung verfolgen, wie Gaines Post, die Anfänge über den Diskurs

---

13 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates: die Begründung der Staatsräson in der Frühen Neuzeit, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1987, S. 18.

14 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 34.

15 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 17.

16 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit: Studien zur Geschichte des öffentlichen Rechts, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1990; in: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 878, S. 23.

einer Staatsräson schon auf die Antike.<sup>17</sup> Ebenso, wie auch Machiavelli schon seiner Zeit das Kernproblem der Staatsräson ohne genauere Begrifflichkeit trifft, stellten sich in der Antike Philosophen die Frage nach dem Zusammenspiel von Macht und Normen im Staat. Einer begriffsunabhängigen Herleitung der Staatsräson folgend, werden im Weiteren daher zunächst die ersten antiken Überlegungen zu dem Zusammenspiel von Macht und Normen dargestellt, um dann über Machiavelli bis zur absolutistischen Interpretation der Staatsräson zu gelangen. Die hier dargelegten Autoren sind nur eine Auswahl dessen, was in der wissenschaftlichen Literatur diskutiert wurde und besitzen daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

### **2.1.1. Ideengeschichtliche Vorüberlegungen in der Antike**

Seit dem Beginn der Neuzeit ist das genannte Paradoxon zwischen Normen und Macht im Staat konkret mit dem Begriff der Staatsräson verbunden. Doch schon um 400 v. Chr. stellten Thukydides und Platon Überlegungen an, die einen zentralen Faktor der Staatsräson im Blickfeld haben: die Frage nach der Macht. Macht geht seit jeher mit dem Staat einher, sei es zu dessen Initiierung oder zur Durchsetzung seiner gegebenen Ordnung. So suchten beide Griechen schon vor über 2000 Jahren die Frage nach den Machtoptionen der Regierenden zu beantworten.

Thukydides lässt sich einem Relativismus zuordnen, dessen Welt- und Menschenbild aus deskriptiven Beobachtungen herrührt. Mit seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“<sup>18</sup> begründete Thukydides den Beginn der Geschichtsschreibung, doch enthalten seine Schriften nicht nur die Darstellung des Krieges zwischen Athen und Sparta. Im Hinblick auf seine machtpolitischen Vorstellungen ist der sogenannte Melierdialog der zentraler Teil seiner Schrift und von großer Bedeutung.<sup>19</sup> Die Auseinandersetzung Athens mit dem neutralen Melos stellt „ein Schaubild der politischen Unvernunft der Regierenden in Form von Machthybris, einer frevelmutigen Machtarroganz“<sup>20</sup> dar. Die Machthybris lässt sich aus der pessimistischen menschlichen Natur ableiten, welche nach Thukydides von der Pleonexie, der Habgier durchzogen ist. Sie drückt einen Trieb des Mehr-Haben-Wollens aus und wird von Thukydides als schädlich angesehen, sobald sie in der Hybris endet, dem Hochmut oder der Selbstüberschätzung. In wie weit die Hybris eine Ausdrucksform der Pleonexie oder die Pleonexie eine Vorstufe der Hybris ist, ist in der Literatur umstritten.<sup>21</sup>

17 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 15f.

18 Der Peloponnesische Krieg dauerte von 431 v. Chr. bis 404 v. Chr. an. Thukydides Werk beschreibt seinen Verlauf nur bis zum Jahr 411 v. Chr. und bleibt durch sein Ableben daher unvollendet.

19 Anter, Andreas: Theorien der Macht zur Einführung, Junius Verlag, Hamburg, 2012, S. 19 und Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 37.

20 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 96.

21 Ebd., S. 79f.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Nach Thukydides ist der Mensch „ein egoistisches, triebgeleitetes Wesen, das in Gemeinschaft mit anderen strengen Regeln unterworfen werden muß, damit Frieden und Wohlstand herrschen.“<sup>22</sup> Dabei wird eine Macht benötigt, die es vermag die strengen Regeln eines Zusammenlebens durchzusetzen, damit sich das menschliche Handeln an diesen Gesetzen orientiert. Dementsprechend definiert Thukydides das Politische als den Gebrauch von Macht. Jedoch übt Macht immer einen Sog auf den Ausübenden aus, welcher in Verbindung mit seiner menschlichen Pleonexie, zur Machthybris führt. Diese lässt den politisch Handelnden wider dem Eigeninteresse seiner Machterhaltung agieren.<sup>23</sup> Die Politik besteht nach Thukydides aus einem „unerbittlicher Machtkampf“, der als „Spiegel der menschlichen Natur“ gesehen werden kann.<sup>24</sup> Dies macht er an seinem geschichtlichen Beispiel des Krieges zwischen Athen und Melos deutlich. Während seine Aufzeichnung vom Untergang Melos und der Versklavung seines Volkes das Gesetz des Stärkeren zu bestätigen scheint, ist der Untergang des vermeintlichen Gewinners Athen nach Thukydides jedoch schon zu diesem Zeitpunkt, durch seine Überheblichkeit in Verbindung mit seinem Machtmissbrauch letztendlich, besiegt.<sup>25</sup> Moralische oder rechtliche Handlungsmotive stellen in Athens Politik nur einen Vorwand dar, um die eigentlichen Machtinteressen des Handelns zu verschleiern. Sind diese enthüllt, zeigt sich, dass die Geschichte aus einem Kampf um Macht besteht.<sup>26</sup> Der Strudel der Machtbesessenheit, die von der Pleonexie ausgeht, wird von Krieg beschleunigt und intensiviert, indem er den Akteuren die politische Handlungsfreiheit nimmt. Dabei verführt die Machthybris die Politiker dazu, ihre Ideale nur um der Macht willen aufs Spiel zu setzen<sup>27</sup>, was zum „Verschleiß der politischen Ideale im Prozess ihrer Verwirklichung“<sup>28</sup> führt. Auf Grund dessen ist ein ungezügelter Machtgebrauch das Gefährlichste für einen Staat.<sup>29</sup>

Thukydides Lösung für das Problem der Machthybris ist eine „Diätetik“<sup>30</sup>, welche die politische Macht begrenzt, um sie selbst aufrechtzuerhalten. Dieses „selbst gesetzte Regulativ der autonomen, individuellen Machtbeschränkung“<sup>31</sup> führt dazu, dass die Pleonexie nicht in der Machthybris endet. Diese Idealform der Machträson hat als oberstes Ziel nicht mehr die Machterweiterung, sondern den Machterhalt.<sup>32</sup> Dabei macht einen fähigen Politiker

22 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 32.

23 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 110.

24 Anter, Andreas: Theorien der Macht zur Einführung, 2012, S. 20.

25 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 78 und 97.

26 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 43.

27 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 99.

28 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 38.

29 Ebd., S. 26 und 33ff.

30 Ebd., S. 36 und Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 107.

31 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 81.

32 Ebd., S. 104 und 112.



das Wissen und die daraus resultierende Beherrschung und den angemessenen Gebrauch der Macht aus<sup>33</sup>, wofür eine Zweck-Mittel-Kalkulation erforderlich ist, um die angemessenen Machtmittel für den nachhaltigen Machterhalt einsetzen zu können. Zudem soll ein Politiker nach Thukydides tugendhaft und somit in der Lage sein, Selbstbeherrschung auszuüben.<sup>34</sup>

Wenig später entsteht Platons zentrales Werk „Politeia“<sup>35</sup>, welches Thukydides Relativismus eine stark normative Utopie eines Idealstaates gegenüberstellt. Wie auch bei Thukydides, geht Platon von einem pessimistischen Menschenbild aus. Anstatt den Mensch als Maß aller Dinge ins Zentrum zu stellen, wie es der sophistische Ansatz vor ihm tat, schreibt Platon dem Menschen die Pleonexie, die Maßlosigkeit zu. Doch trotz dieser sehr negativen Eigenschaften des Menschen ist er dennoch zu einem guten und friedvollen Leben fähig, welches jedoch nur durch die Vereinigung von Wahrheit und Macht erlangt wird.<sup>36</sup> Platon erkennt den Menschen als soziales und politisches Wesen an, was den Grundstein für den, später von Aristoteles eingeführten *zoon politikon* bildet. Das Wesen der Politik besteht für Platon dabei in der Besserung der Menschen, wobei Macht zunächst im pädagogischen Dienste dieser steht. Seinen Thesen nach ist es die Aufgabe der Politiker, die Bürger zu einem guten, sittlichen Leben zu erziehen. Oberstes Ziel ist dabei die Erlangung von Gerechtigkeit für die Menschen. Nur in der Unterwerfung der Menschen unter strenge Regeln kann die schlechte Natur des Menschen gebändigt werden.<sup>37</sup> Mit Blick auf das politische System seiner Zeit, attestiert Platon diesem jedoch einen sehr schlechten, das heißt ungerechten Zustand. In seiner Utopie eines idealen Staates vertraut er daher die Herrschaft den Philosophen an, denn nur sie streben die Macht selbst nicht an, besitzen eine Resistenz ihr gegenüber und kennen die Gerechtigkeit.<sup>38</sup> Auch hier sind Parallelen zu Thukydides und seiner Diätetik zu erkennen. Auf Grund der Natur des Menschen, Versuchungen nicht widerstehen zu können, entzieht Platon den Machthabenden zusätzlich alle Ablenkungen, wie Eigentum oder Familie, auf dass sie der Machtbegierde widerstehen können.

In Platons normativem Ansatz stellt die Macht eine nicht ausgrenzbare Komponente dar, die in ihrer Räson, ihren Zwängen und Verleitungen, zu einer, von Gewalt und Ungerechtigkeit geprägten Realität führt. Um dieser zu entkommen kreiert Platon eine Utopie, den Philosophenstaat. Aller Ablenkung entzogen wird der Philosoph als einzig machtresistenter

---

33 Münkler, Herfried: *Im Namen des Staates*, 1987, S. 45.

34 Stockhammer, Nicolas: *Das Prinzip der Macht*, 2009, S. 105ff.

35 Das Werk ist schwer zu datieren, wird jedoch auf Grund seines Inhaltes auf die Zeit des Peloponnesischen Krieges datiert und entstand zwischen 420 v. Chr. und 407 v. Chr.

36 Münkler, Herfried: *Im Namen des Staates*, 1987, S. 29f.

37 Münkler, Herfried: *Im Namen des Staates*, 1987, S. 25ff.

38 Ebd., S. 41 und 44.

Mensch zum Regenten erkoren. In seinem politischen Konzept erkennt Platon demnach eine Machträson an, die dazu führt, dass Menschen sich der Machtbegierde hingeben, wodurch sie sich unausweichlich ausbreitet, auch wenn sein politisches System diesem Prozess versucht zu entfliehen.<sup>39</sup>

Beide Autoren beschreiben den Menschen als von der Macht angezogenes, habgieriges und maßloses Wesen, weshalb ein Machthaber immer der Gefahr ausgesetzt ist der Machthybris zu verfallen. Ein Staatswesen mit Macht ausgestattet ist jedoch für Thukydides und Platon unersetzlich. Vor allem in Thukydides Schriften wird deutlich, dass die Macht einerseits für die Umsetzung politischer Ideale erforderlich ist, andererseits führt ihr Charakter auch schlussendlich zur Zerrüttung eben dieser Ideale.<sup>40</sup> Sobald politische Ideale einen Anspruch auf Umsetzung erheben, werden sie durch die Machträson vereinnahmt und hintergangen. „Die politische Realität zehrt die ihr überantworteten Ideale auf.“<sup>41</sup> Auch Platon charakterisiert Macht als einen sich verselbstständigenden Sog, dem der Mensch durch seine Maßlosigkeit verfällt. Doch während Thukydides bei einer Diätetik verbleibt und dem Menschen in keiner Weise eine soziale Natur zuschreibt, stellt Platon den Erfolg der Handlungen eines durchaus gemeinschaftsfähigen Politikers in den Vordergrund.<sup>42</sup> Für den Begriff der Staatsräson sind Thukydides und Platon insofern relevant, als dass sie der Macht eine kontradiktorische Eigenschaft zuordnen. Diese bildet den Grundstein für den weiteren Diskurs über die Staatsräson.

### **2.1.2. Einführung der Begrifflichkeit der Staatsräson in der Renaissance**

Im Mittelalter gewann das Recht die Oberhand über Staat und Macht und zwar in Form einer göttlichen Ordnung. Monarchien mit Regenten, die mit Gottes Segen herrschten, bauten Großmächte in ganz Europa auf. Die Religion, im europäischen Raum das Christentum mit seinen Werten, wurde zum Ursprung staatlicher Normen und bildete das Recht. Die Gedankenspiele der Antike über den Zusammenhang von Macht und Idealen gerieten im Mittelalter, durch seine Flucht vor allem weltlichen, völlig in Vergessenheit. In dieser Epoche wurde dementsprechend wenig über das Thema Staatsräson publiziert, was auch daraus resultiert, dass die Staaten des Mittelalters nicht souverän waren. Doch mit Beginn der Neuzeit im 15. und 16. Jahrhundert traten „die beiden großen Epochen des europäischen >Individualismus<, Antike und Renaissance, nicht nur ästhetisch, sondern auch in Fragen

---

39 Ebd., S. 40.

40 Für eine detaillierte Analyse Thukydides im Hinblick auf die Staatsräson siehe: Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 21- 112.

41 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 38.

42 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 24.

der politischen Ethik in neue und vertiefte Beziehungen.“<sup>43</sup> In Verbindung mit den herausragenden Ereignissen dieser Zeit, die sich innerhalb weniger Jahre abspielten, wie die Entdeckung der Neuen Welt, die Reformation sowie technische Innovationen, ist die Renaissance als belebte und progressive Zeit zu beschreiben. Eine einsetzende „soziale und kulturelle Aufstiegsstufe, [...] größtenteils von der italienischen Renaissance her, [...] führte zu einer zunehmenden Entfaltung individueller Lebenschancen und einer Individualkultur aus freigewonnenen, inneren Überzeugungen.“<sup>44</sup> Einen wichtigen Schritt hin zur Entwicklung der Staatsräson machte Martin Luther. Seine Reformation der christlichen Kirche führte dazu, dass diese, von katholischer Seite, in eine politische Krise geriet, da ihre politische Macht auf der Verbindung des Weltlichen mit dem Göttlichen fußte. Diese Verbindung löste Luther jedoch auf, sodass vor allem der Papst keine allgemein anerkannte politische Instanz mehr bildete. Als Folge orientierte sich der Staat nicht mehr an den vermeintlich göttlichen Normregelungen, sondern an seinen eigenen Interessen, um seinem Handeln eine Leitlinie zu geben.<sup>45</sup> Die Entwicklung der Staatsräson ist sehr eng mit den religiösen Veränderungen des 16. und 17. Jahrhunderts verbunden.<sup>46</sup> So trat, mit der Emanzipation von und dem Machtverlust der Religion, diese in den Hintergrund und machte der Machtpolitik einzelner Herrscher, wie Kaiser Karl IV, Platz.<sup>47</sup> In dieser Zeit entstanden neue Thesen zur Verbindung zwischen Recht und Moral, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden.

Eine Brücke vom Mittelalter in die Renaissance schlägt die Persönlichkeit Erasmus von Rotterdam<sup>48</sup> mit seinem politischen Ideal einer hierarchisch geordneten Gesellschaft, eingeteilt in Geistliche, Fürsten und Volk.<sup>49</sup> Mit seiner Vorstellung einer *Respublica christiana*<sup>50</sup> mit einem Fuß noch in den Traditionen des Mittelalter verankert, stand Erasmus mit dem anderen schon in der Renaissance, wo er dem Staat die Aufgabe zuschrieb, Freiheit im Sinne von Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, wobei der Freiheitsbegriff von Erasmus vor allem auf die Abwesenheit vom Zwang zur politischen oder konfessionellen Festlegung abzielte.<sup>51</sup> Denn in dem entschiedenen Vorantreiben der Reformation Luthers sah Erasmus

---

43 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 21.

44 Pesch, Otto Hermann (Hrsg.): Humanismus und Reformation – Martin Luther und Erasmus von Rotterdam in den Konflikten ihrer Zeit; in: Bader, Dietmar (Hrsg.): Schriftenreihe der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg, Verlag Schnell und Steiner, München, 1985, S. 14.

45 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 102f.

46 Lenz, Georg: Zur Lehre von der Staatsräson; in: Piloty, Robert (Hrsg.); Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (Hrsg.); Triepel, Heinrich (Hrsg.); Koellreutter, Otto: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 9, Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen, 1925, S. 264.

47 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 31f.

48 Im Folgenden wird sich auf mehrere Werke und Briefe aus Lebzeiten des Erasmus (\* um 1467, † 1536) bezogen.

49 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 50.

50 Ebd., S. 48.

51 Ebd., S. 58f.

den polarisierenden Auftakt zum Bürgerkrieg, welchen er um jeden Preis verhindern wollte.<sup>52</sup> Den Glaubenskonflikt und die sich abzeichnenden Aufstände seiner Zeit vor Augen, zeigt sich in seiner Verabscheuung des Bürgerkrieges Parallelen zur Antike. Ein „gemeinsames humanistisches Credo“<sup>53</sup> teilt er mit Platon, da Erasmus den Menschen nicht als an sich böse beschreibt, sondern dieser durch die Zwietracht des Teufels zu falschen Meinungen getrieben wird. Dem erkenntnistheoretischen Skeptizismus des Humanismus folgend, besteht die Lösung für die Menschen darin, keiner Meinung absolute Wahrheit zuzusprechen, sondern jeder ihr relatives Recht zu lassen. Erasmus Vorstellungen enden in einer „Sowohl als auch“-Doktrin<sup>54</sup>, worin deutlich wird, dass seine Weltordnung einerseits noch stark mittelalterlichen Mustern entspricht, er jedoch andererseits die Möglichkeit der Konfessionsfreiheit innerhalb eines Staates, auf Grund der drohenden kriegerischen Auseinandersetzung, eröffnet. Erasmus legt damit den Grundstein für die Weiterentwicklung einer Herrschaft mit eigenen, von der Religion unabhängigen Interessen, wie sie kurz darauf von einer Bekanntschaft Erasmus in Italien aufgenommen wird.

Niccolo Machiavelli<sup>55</sup> lebte im italienischen Florenz, dem damaligen Dreh- und Angelpunkt der geistigen und kulturellen Strömungen.<sup>56</sup> Nicht nur in Deutschland, auch im damaligen Italien waren die reformatorischen Auswirkungen zu spüren, die sich etwas später im Naturzustand des Thomas Hobbes widerspiegelten<sup>57</sup>, der im Späteren ausführlicher besprochen wird. Entgegen des, in den Vertragstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts dargestellten Vorgehens, einen Staat gegen die Gewalt im Naturzustand aufzubauen, wurden die neuzeitlichen Staaten zu Zeiten Machiavellis vor allem mit Gewalt errichtet<sup>58</sup>, was sich an der politischen Instabilität Italiens durch eine Interessenspolitik Frankreichs und Spaniens zeigte<sup>59</sup>. Zwar sind sich Erasmus und Machiavelli darin einig, dass dieser bürgerkriegsähnlicher Zustand überwunden werden muss, unterscheiden sich jedoch drastisch in ihrem Menschenbild, welches beide auf Grund ihres Zeitgeschehens bilden. Machiavellis Menschenbild erinnert stark an das des Thukydides, wenn er den Menschen als „undankbar, unbeständig, heuchlerisch, furchtsam und eigennützig“<sup>60</sup> beschreibt. Auch die thukydideische Pleonexie, als treibende Kraft der negativen Eigenschaften, findet sich als

52 Ebd., S. 52f.

53 Ebd., S. 54.

54 Ebd., S. 53f.

55 Eine detaillierte Darstellung des Zeitgeschehens und Machiavellis Biografie finden sich in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Niccolò Machiavelli Politische Schriften, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1991, S. 15-47.

56 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, 117.

57 Ebd., 2009, S. 124ff.

58 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 14.

59 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 34f.

60 Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1990, S. 82f.

ambizione in Machiavellis Schriften wieder. Sie ist der in jedem Menschen innewohnende Ehrgeiz, sich mit Macht, Gewinn und Besitz zu bereichern, weshalb von ihm immer nur das Schlechte zu erwarten ist.<sup>61</sup> Dieses realistische Menschenbild wendet sich von dem des Erasmus ab, denn „die Art, wie man lebt, ist so verschieden von der Art, wie man leben sollte“<sup>62</sup> und stellt so einen Bruch mit dem aristotelischen *zoon politikon* dar, denn der Mensch ist bei Machiavelli kein politisches Wesen mehr<sup>63</sup>. Ihm zufolge ist die *ambizione* die Ursache für den sittlichen und politischen Verfall des Gemeinwesens, der Italien und Europa befiel.<sup>64</sup> Um ihrer Herr zu werden, kennt Machiavelli zwei Instrumente: die Sanktionsmittel der Ordnungspolitik und die politische Erziehung. Im ersten Fall kann der Staat die schlechten Eigenschaften des Menschen im Zaum halten, in dem er die Angst vor Bestrafung in Form von Gesetzen nutzt.<sup>65</sup> Somit teilt Machiavelli die Einschätzung Thukydides, dass moralische Werte nur ein fiktives Konstrukt zur Sicherstellung des Zusammenlebens sind<sup>66</sup>. Letztere ist jedoch nur in einem günstigen politischen Umfeld möglich, der Republik. Seinem pessimistischen Menschenbild setzt er, neben der auf Angst gegründeten Ordnungspolitik, so auch eine republikanische Hoffnung zur politischen Erziehung entgegen.<sup>67</sup> Denn Machiavelli fordert eine politische Einigung der italienischen Stadtstaaten zum Wohle Italiens<sup>68</sup>, wobei er eine Republik vorsieht, deren Entstehung vor allem in seinem Werk „Discorsi“ von 1531 dargestellt ist. Doch erfordert die Situation Italiens zunächst die Herrschaft eines Fürsten, die Machiavelli als analytische Anleitung zur Machtgewinnung und -erweiterung in seinem bekannteren Werk „Il Principe“ von 1532<sup>69</sup> in der Tradition der Fürstenspiegel behandelt.

„Daß die Welt stets dieselbe geblieben ist“<sup>70</sup> erklärt Machiavelli mit einer gesetzmäßigen Notwendigkeit, die die Geschichte determiniert, die *necessità*. Es wechseln sich die politische Ordnung und Unordnung in einer zwangsläufigen Wiederholung der Geschichte ab und „der politisch Handelnde [kann] durch die genaue Lokalisierung seiner Situation auf dem

---

61 Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (Hrsg.): *Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1977, S. 100f.

62 Machiavelli, Niccolò: *Der Fürst*, 1990, S. 78.

63 Stockhammer, Nicolas: *Das Prinzip der Macht*, 2009, S. 129.

64 Münkler, Herfried (Hrsg.); Voigt, Rüdiger (Hrsg.); Walkenhaus, Ralf (Hrsg.): *Demaskierung der Macht Niccolò Machiavellis Staats- und Politikverständnis*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2013, S. 38f.

65 Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (Hrsg.): *Discorsi*, 1977, S. 17f. und 117.

66 Stockhammer, Nicolas: *Das Prinzip der Macht*, 2009, S. 129.

67 Kersting, Wolfgang: *Niccolò Machiavelli*, Verlag C. H. Beck, München, 1988; in: *Beck'sche Reihe: Große Denker*, Bd. 515, S. 43f.

68 Vgl. Machiavelli, Niccolò: *Der Fürst*, 1990, S. 121ff.

69 Machiavelli schrieb *Il Principe* voraussichtlich zwischen 1513 und 1514. Danach kursierten nur wenige Abschriften bis das Buch postum 1532 gedruckt wurde.

70 Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (Hrsg.): *Discorsi*, 1977, S. 161.

Geschichtskreislauf ein angemessenes Handlungskonzept gewinnen.“<sup>71</sup> Wenn aus dem Zwang der Dinge Böses getan werden muss, soll dies auch geschehen. Wer sich in diesem Fall doch an Normen und Werte hält, wird sich nicht an der Macht halten können und notwendigerweise zugrunde gehen.<sup>72</sup> Um das richtige Handeln aus der Notwendigkeit heraus zu erkennen und dem Schicksal so entgegenzutreten zu können, bedarf es an virtú.<sup>73</sup> Virtú kann mit Tugend und Mannhaftigkeit oder auch mit der Fähigkeit der Staatskunst, Hingabe, Mut und Geisteskraft übersetzt werden.<sup>74</sup> An ihr Bedarf es, um die eigenen Handlungsweisen an die gegebenen Umstände anzupassen und einen Staat lenken zu können. Auch das Volk und Institutionen können virtú innehaben.<sup>75</sup> Auf Grund dieser Kraft kann der Mensch nach Machiavelli sein Handeln zu einer Hälfte selbst bestimmen. Die andere Hälfte wird vom Schicksal, der fortuna<sup>76</sup> gelenkt. Ihre Wirkung kann sowohl Glück, als auch Unglück bedeuten, da sie einerseits zur Erlangung von Macht und andererseits auch zu dessen Verlust führen kann. Machiavelli erwächst mit der Annahme eines ständigen Kampfes dieser beiden Kräfte, der mittelalterlichen Vorstellung, dass das menschliche Leben von Gott gelenkt wird, da er nur eine Hälfte des menschlichen Handelns dem Schicksal überlässt. Das Schicksal hat eine Macht inne, die sehr veränderlich ist und sich, gleich einem Fluss<sup>77</sup>, immer dort zeigt, wo wenig virtú ist. Daher kommt Machiavelli zu dem Schluss, dass fortuna „ein Weib“ ist, „und wer es bezwingen will, muß es schlagen und stoßen“<sup>78</sup>. Um die tückische Kraft fortuna zu bekämpfen, darf auch virtú tückisch sein, was „der innere seelische Ursprung des Machiavellismus [ist], der berüchtigten Lehre, daß im staatlichen Handeln auch unsaubere Mittel gerechtfertigt seien, wenn es gilt, die dem Staate nötige Macht zu gewinnen oder zu behaupten.“<sup>79</sup> Wann immer die Geschichte sich in einer Krisenzeit befindet und es durch die ambizione der Menschen zum sittlichen Verfall der Gesellschaft kommt, bedarf es eines principe nuovo, „der von der Notwendigkeit des Besitzes überlegender Macht und ihres konsequent-rücksichtslosen Einsatzes für politische Selbsterhaltung und Herrschaftsstabilisierung geradezu durchdrungen“<sup>80</sup> ist. Erst danach

---

71 Kersting, Wolfgang: Niccolò Machiavelli, 1988, S. 64.

72 Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, 1990, S. 78.

73 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 154f.

74 Ebd., S. 154f; sowie: Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 37.

75 Münkler, Herfried (Hrsg.); Voigt, Rüdiger (Hrsg.); Walkenhaus, Ralf (Hrsg.): Demaskierung der Macht, 2013, S. 43.

76 In der Übersetzung von Friedrich von Oppeln-Bronikowski wird fortuna mit Glück und wenig später mit dem Schicksal übersetzt. Vgl. dazu: Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, 1990, S. 117f.

Auch von Rüdiger Voigt wird zur Übersetzung „Schicksal“ benutzt. Vgl. dazu: Münkler, Herfried (Hrsg.); Voigt, Rüdiger (Hrsg.); Walkenhaus, Ralf (Hrsg.): Demaskierung der Macht, 2013, S. 43.

77 Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, 1990, S. 117.

78 Ebd., S. 120.

79 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 43.

80 Kersting, Wolfgang: Niccolò Machiavelli, 1988, S. 94.

kann die Etablierung einer Republik durch einen uomo virtuoso gelingen, einer Persönlichkeit die über viel virtù verfügt. Zusammenfassend weist *Il Principe* einen realpolitischen Utilitarismus auf, der dem Postulat der Nutzenmaximierung des Gemeinwohls verschreibt.<sup>81</sup> Anstatt Erasmus und der Tradition der, sich auf religiös normative Werte berufenden, Fürstenspiegel zu folgen, bricht er mit dieser, indem er die Tugend der Macht unterordnet. Sein Idealbild des Fürsten ist eine vom spartanischen Feldherrn Lysander (gest. 395 v. Chr.) abgeleitete Maxime, die die Verbindung von Fuchs und Löwe in einer Person vorsieht, wobei die beiden Tiere den Inbegriff für List und Gewalt darstellen.<sup>82</sup> Da die Menschen, von der ambizione getrieben, schlecht sind, muss auch der Herrscher schlecht Handeln, um sich an der Macht zu halten.<sup>83</sup> Der Fürst soll tugendhaft handeln, „wo dies möglich ist, aber auch das Böse tun, wenn es sein muß“<sup>84</sup>. Auf Grund dieser unmoralischen Aufforderung an den Fürsten wird Machiavelli als „gewissermaßen ethisch unmusikalisch“<sup>85</sup> bezeichnet. Seiner Zeit löste „*Il Principe*“ einen Diskurs über List und Gewalt, Macht und Tugend aus, der zur Einführung des Begriffes der Staatsräson führte.<sup>86</sup>

Francesco Guicciardini diskutiert in seinem Werk „Bemerkungen zu Machiavellis Diskursen“ von 1528/30 als einer der ersten die politischen Forderungen Machiavellis, wobei er zwar dessen Menschenbild teilt, jedoch nicht seine Hoffnungen an eine anerzogene Besserung.<sup>87</sup> Er folgt Machiavelli darin, dass die Religion eine sehr große Handlungsfunktion für das Volk darstellt. Dennoch degradiert er die Religion nicht zum Mittel, der Herrschaft zu dienen, sondern fordert Mäßigung und einen Mittelweg. Beiden Theoretikern war die Diskrepanz zwischen einem Gott gewidmeten Leben und dem politischen Erfolg bekannt, doch ging Guicciardini nicht so weit, wie Machiavelli das Seelenheil hinter der Vaterlandliebe zurückzustellen. Durch diesen Unterschied zu Guicciardini wird der Republikanismus Machiavellis deutlich.<sup>88</sup> Mit der Rezeption Machiavellis Gedanken fasst Guicciardini diese unter dem Begriff der Staatsräson erstmals zusammen.<sup>89</sup> Seine Kritik an Machiavelli ist bezogen auf politische Argumente und weist an Hand des Beispiels der Politik von Papst Clemens dem VII. auf, dass die Anwendung von politischen Mitteln die politische Krise der Zeit nur verschlimmern würden. Seiner Ansicht nach sollten die herrschenden Verhältnisse

---

81 Stockhammer, Nicolas: *Das Prinzip der Macht*, 2009, S. 157.

82 Stolleis, Michael: *Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit*, 1990, S. 21 und 23f.

83 Machiavelli, Niccolò: *Der Fürst*, 1990, S. 86f.

84 Ebd., S. 88.

85 Anter, Andreas: *Theorien der Macht zur Einführung*, 2012, S. 23.

86 Zur Vertiefung von Werken zur Kritik von Machiavelli und der Entwicklung des Begriffes der Staatsräson siehe: Münkler, Herfried: *Im Namen des Staates*, 1987, S. 117ff und 193ff.

87 Münkler, Herfried: *Im Namen des Staates*, 1987, S. 119.

88 Ebd., S. 111ff.

89 Stolleis, Michael: *Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit*, 1990, S. 23.

akzeptiert und das Beste daraus gemacht werden. Guicciardinis Mittelweg folgt dem Ziel von Ruhe und Frieden, im Gegensatz zu der von Machiavelli angestrebten Freiheit.<sup>90</sup>

Der erste Kritiker, der die Unterordnung der Religion unter die Politik offen kritisierte, war Kardinal Reginald Pole.<sup>91</sup> Er bezeichnete das Werk Machiavellis 1539 als, von der Hand des Teufels geschrieben.<sup>92</sup> Als Begründung nimmt er das Bild eines Fürsten im Löwen- und Fuchsfell auf, um es als Schreckensbild umzuwandeln, in dem der Fürst, wie das Raubtier die Nutztiere, das Volk zerfleischen wird. Seiner Ansicht nach, müsse der Staat wieder der Religion untergeordnet werden, denn Machiavellis Forderungen würden zum Zerfall der Staaten, in seinem Fall Englands, führen.<sup>93</sup>

Im Gegensatz zu Pole votiert Jean Bodin in seinem Werk „les six livres de la republic“ von 1576 für eine Toleranz von verschiedenen Religionsformen. Dabei verfolgt er das politische Ziel, die Menschen vor einer Ruchlosigkeit und Schlechtigkeit zu bewahren, die sich bei der Abwendung von jeglicher Religion zeigen würde und mit Gesetzen nicht mehr zu kontrollieren sei. Da die Begegnung mit unterschiedlichen Religionen Gewalt hervorruft, rät er von der Gewaltanwendung gegenüber anderen Religionsformen ab und fordert eine Toleranz ihnen gegenüber.<sup>94</sup> Durch die Akzeptanz mehrerer Religionen innerhalb eines Staates wird bei Bodin so die Religion vom Staat abgetrennt und letzterer über sie gestellt.

Giovanni Botero ist der erste Autor, der das Interesse des Staates unter dem Begriff der *ratio di stato*, als Kenntnis von Mitteln zur Gründung, Erhaltung und Erweiterung einer Herrschaft, kompromittiert.<sup>95</sup> Botero, der 1589 mit seinem Werk „Della Ragion di Stato“ die Gedanken Machiavellis teils kritisierte, teils jedoch auch anerkannte, teilt die Staatsräson in gute und schlechte *ratio di stato* ein. Für Botero war das Handeln nach dem Löwen und dem Fuchs nur in Kriegszeiten legitimiert, wobei er sich auf Lysander bezieht. In Friedenszeiten dagegen widerspricht er Machiavellis Forderungen, die Botero christianisiert und entschärft.<sup>96</sup> Denn eine gute Staatsräson zeichnet sich durch einen Konsens zwischen christlicher Religion und dem Staatsinteresse aus. Die von Machiavelli beschriebene Unvereinbarkeit zwischen einem ehrenvollen, christlichen Leben und dem politischen Erfolg schließt Botero mit seiner Doktrin der Einigkeit von Religion und Staatsräson. So hat bei Botero ein Fürst die Macht inne, jedoch entsteht kein Widerspruch zwischen seinem christlichen Gewissen und dem

---

90 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 119.

91 Ebd., S. 118.

92 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 27.

93 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 119f.

94 Ebd., S. 123.

95 Ebd., S. 203.

96 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 30.



staatlichen Nutzen, da das Christentum dem Fürsten den Leib und das Gewissen des Volkes unterwirft.<sup>97</sup>

Pedro de Ribadeneira steht auf Seiten des Kardinals Pole und kritisiert 1595 in seinem Werk „Tratado de la religion“ sowohl Machiavelli, als auch Jean Bodin und Martin Luther, da diese die Religion zum Mittel herabwürdigten. Entweder zum Mittel, um des Friedens willen bei Bodin, oder zum Mittel der Politik und damit nur als ein Instrument des Staates bei Machiavelli. Ribadeneira greift den Begriff der Staatsräson von Botero auf und teilt ihn in die falsche und die wahre ratio di stato. Erstere postuliere, dass der Staat die Religion hervorbringe, tatsächlich bringe die Religion jedoch den Staat hervor. Die Staatsräson wird von Ribadeneira grundsätzlich anerkannt, er versucht sie jedoch mit dem Christentum zu verbinden. Dieser Versuch mündet in der Anerkennung des politischen Erfolges als Handlungsmaxime, wobei die Religion wieder zum Mittel zur Sicherung politischer Loyalität zurückgestuft wird. Dabei hält Ribadeneira sogar das Betrügen unter Umständen für eine politische Notwendigkeit.<sup>98</sup> Auch Traiano Boccalinis Definition von Staatsräson zeigt die Spaltung zwischen gewissenhafter Religion und erfolgreicher Politik auf. In seinem Werk „Ragguagli di Parnaso“ von 1612/15 beschreibt er die Staatsräson als ein nützliches Gesetz, dass jedoch im Widerspruch zu den Gesetzen Gottes und des Menschen stehe.<sup>99</sup>

An dieser Stelle zeigt sich, dass die religiös motivierte Kritik an Machiavelli in ihrem Versuch, Politik und Religion zu einen, sich in zwei Lager teilt: „Entweder sie verwirft den Erfolg als Maßstab politischen Handelns und beschränkt sich auf die Rolle eines moralischen Kritikers gewisser politischer Praktiken und Ziele, oder sie lässt sich auf die Erfolgslogik ein und verwischt dabei schrittweise die Trennlinie zur Machiavellischen Theorie.“<sup>100</sup> Schlussendlich hat sich die Erfolgslogik des Politischen aus Machiavellis Il Principe durchsetzen können. An Hand von Botero wird sehr gut deutlich, dass, trotz seiner Kritik an Machiavelli, er nicht um seine utilitaristische Politikbetrachtung herumkam, wenn er die Religion als bestes Mittel zum Schutz des Staates bezeichnet.<sup>101</sup>

### **2.1.3. Staatsräson im Absolutismus und dem Zeitalter der Aufklärung**

Der Absolutismus beschreibt in etwa einen zeitlichen Abschnitt zwischen den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts, über die Revolutionen im späten 18. Jahrhundert in Frankreich und Amerika bis zur Jahrhundertwende. Kennzeichen dieser

---

97 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 125f.

98 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 124.

99 Ebd., S. 204.

100 Ebd., S. 124.

101 Ebd., S. 125.

Epoche ist der politische Absolutismus, der sowohl in vielen europäischen Staaten durch die Etablierung eines monarchischen Alleinherrschers praktiziert, als auch ideengeschichtlich von zum Beispiel Thomas Hobbes gerechtfertigt wurde. Begleitet wurde diese Epoche von der Aufklärung, einer Strömung, die sich, mit der Berufung auf das rationale Denken, dem Fortschritt verschrieb. Dabei spielten die menschliche Vernunft als Erkenntnisgrundlage und das Naturrecht, wie sich bei Hobbes zeigen wird, eine erhebliche Rolle. Während dieser Zeit wurden die in der Renaissance entwickelten Ideen zur Staatsräson weiterentwickelt, wobei der eigentliche Begriff jedoch an Bedeutung verlor. So stelle Hobbes in seinen Werken wichtige Gedanken zur Staatsräson auf, jedoch benannte nur Pufendorf den Begriff explizit. Beide Autoren und ihre Weiterentwicklungen des Begriffes der Staatsräson sollen beispielhaft für den Absolutismus und das Zeitalter der Aufklärung im Folgenden dargestellt werden.

Thomas Hobbes war ein englischer Mathematiker, Staatstheoretiker und Philosoph und gilt als Begründer des aufgeklärten Absolutismus. Zusammen mit den, ihm nachfolgenden Autoren John Locke und Jean-Jacques Rousseau ist er den Vertragstheoretikern zuzuordnen. 1651 veröffentlichte Hobbes sein Hauptwerk „Leviathan“, dem das Werk „De Cive“ von 1642 vorausging. Die in beiden Werken erläuterte politische Theorie Hobbes, ist stark vom englischen Bürgerkrieg seiner Zeit beeinflusst.<sup>102</sup> Ebenso, wie Machiavelli zuvor, lehnt Hobbes den bürgerkriegsgleichen Zustand in England entschieden ab. Seine politische Theorie ist darauf ausgerichtet, das Zustandekommen dieses Zustandes, den Naturzustand herzuleiten und zugleich eine Möglichkeit zu dessen Überwindung durch einen Staat zu eröffnen.<sup>103</sup> Aus seiner Erkenntnis heraus, dass „alle Menschen von Natur aus einander gleich“<sup>104</sup> sind, leitet Hobbes ab, dass alle Menschen auch die gleichen Begierden haben und es so zwangsläufig zu Konflikten kommt, da kaum ein Gut in seinem Konsum geteilt werden kann. Neben ihren gleichen Begierden sind alle Menschen stetig auf ihren jeweils eigenen Vorteil bedacht<sup>105</sup> und müssen sich daher vor Übergriffen Anderer fürchten.<sup>106</sup> „Der [Natur-]Zustand der Mensch außerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft (...) [ist] nichts anderes als ein Krieg aller gegen alle (...)“<sup>107</sup> Den Naturzustand vor Augen, kommt Hobbes so zu seiner viel zitierten Aussage: „Homo homini Lupus/ Der Mensch ist dem Menschen ein

---

102 Münkler, Herfried: Thomas Hobbes, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2001, S. 51.

103 Hobbes, Thomas; Hahmann, Andree (Hrsg.); Hüning, Dieter (Hrsg.); Zühlke, Isabella (Hrsg.): De Cive Vom Bürger, Reclam Verlag, Ditzingen, 2017, S. 33.

104 Ebd., S. 59.

105 Ebd., S. 49.

106 Ebd., S. 57 und 61, sowie: Hobbes, Thomas; Fetscher, Iring (Hrsg.): Leviathan, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2011, S. 95.

107 Hobbes, Thomas: De Cive Vom Bürger, 2017, S. 33.

Wolf<sup>108</sup>, mit der er der aristotelischen Lehre eines politischen Wesen des Menschen widerspricht. So ähnelt sein pessimistisches Menschenbild dem Machiavellis, ist jedoch heuristisch ausgerichtet und wendet sich daher von der praxisbezogenen Philosophie ab.<sup>109</sup> Abhilfe vom Naturzustand verschafft ein Staat, der durch einen Vertrag, den alle Menschen untereinander schließen, gebildet wird und von einem, durch diesen Vertrag eingesetzten Souverän verkörpert wird.<sup>110</sup> Dieser Staat stellt, im Gegensatz zu Machiavellis Staatsverständnis, ein komplexes, eigenständiges Gebilde dar, gleich einem menschlichen Körper, welcher die Macht besitzt die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und sie damit aus dem Naturzustand in ein Gemeinwesen zu heben.

Mit Hobbes Staatsgebilde des Leviathans wird die, in der Renaissance vorausgegangene Idee aufgenommen, dass der Staat die Sicherung des Individuums und dessen Wohlfahrt zum Zweck hat. Doch durch den Vertrag aller mit allen wird dem Leviathan eine Rolle außerhalb des Vertragswerkes zugeteilt, was ihn über fast alle Mittel zur Sicherung des Staates verfügen lässt.<sup>111</sup> Da der Leviathan allein aus eigenem Interesse heraus vernünftig regiert und die Untertanen daher keine Furcht vor Machtmissbrauch haben müssen, könnte vermutet werden, dass an dieser Stelle sich die Staatsräson im Hobbesschen Staat vervollständigt.<sup>112</sup> Doch obwohl er selbst dem Staatsgebilde eine Persönlichkeit, eine Seele zuschreibt,<sup>113</sup> der auf einen Selbstzweck hinweisen würde, ist der Zweck des Leviathan Staates der Frieden und die Verteidigung des Einzelnen.<sup>114</sup> So stellt Hobbes sogar Beispiele auf, die zeigen, dass der Staat sich selbst nicht um des Staates Willen erhalten würde, wenn zum Beispiel die Nachfolge des Leviathans aufgehoben wird und sich der Staat nach dem Ableben des Herrschers auflöst, sodass die Untertanen wieder in den Naturzustand verfallen.<sup>115</sup> Thomas Hobbes entwickelt das Staatsverständnis weiter, hin zu den Anfängen des westeuropäischen Individualismus und Utilitarismus, bleibt mit dem Leviathan als Zweckmäßigkeitsstaat jedoch letztlich hinter einem Selbstzweck des Staates, wie es der *vitrú*-Geist von Machiavelli sehr viel mehr verdeutlichte, zurück.<sup>116</sup>

---

108 Ebd., S. 6f.

109 Münkler, Herfried: Thomas Hobbes, 2001, S. 82ff.

110 Hobbes, Thomas: Leviathan, 2011, S. 136f.

111 Ebd., S. 237 u. 248.

112 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 250.

113 Hobbes, Thomas: De Cive Vom Bürger, 2017, S. 249.

114 Hobbes, Thomas: Leviathan, 2011, S. 139.

115 Ebd., S. 172.

116 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 253ff.

Samuel von Pufendorf war ein Naturrechtsphilosoph, Historiker und Völkerrechtler. In seinem Werk „De statu imperii germanici“ von 1666<sup>117</sup>, welches er unter dem Pseudonym Severinus de Monzambano veröffentlichte, analysiert er die damalige Reichsverfassung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation<sup>118</sup>. Diese hatte mit dem westfälischen Frieden von 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendet, war jedoch in viele Einzel- und Kleinststaaten sowie freie Reichsstädte und Herzogtümer zersplittert. Auf dem Souveränitätsbegriff Bodins fußend, stellt Pufendorf fest, dass das Römisch-Deutsche Reich kein Staatswesen sein kann, solange die ihm unterstellten Staaten ihre Souveränität behielten.<sup>119</sup> Das Römisch-Deutsche Reich sei daher nur ein Zusammenschluss souveräner Staaten, die sich einen Protektor wählen, und kein Staat an sich.<sup>120</sup> In seiner Analyse fordert er daher Reformen hin zu einer Staatenföderation. An dieser Stelle zeigen sich die geografisch-historischen Unterschiede Pufendorfs zu Hobbes.<sup>121</sup> Denn durch die Feststellung der Irregularität des Römisch-Deutschen Reiches und seine Zersplitterung, „mußte aber auch das Bild der deutschen Staatsräson, der deutschen Gesamtstaatsinteressen (...), individuellere und historisch konkrete Züge annehmen.“<sup>122</sup> Pufendorf geht daher genauer als andere zeitgenössische Theoretiker auf die Staatsräson ein und ist somit von großer Bedeutung.

Pufendorfs Definition der *ratio status* als „säkularisierten politischen Begriff (...), der gerade durch >Nichtidentifikation< mit den streitigen Ansichten der Religionsparteien seine Wirkung entfalten kann“<sup>123</sup>, unterstreicht die gravierenden Auswirkungen der Reformation auf die Staatsräson. Demnach konnte diese sich erst mit der Abkapselung des Staates von der Religion nachhaltig weiterentwickeln. Doch in seinen weiteren Ausführungen beschreibt er die Staatsräson des Römisch-Deutschen Reiches nur in ihrer Außenwirkung, während er die staatsinternen Entwicklungen fast völlig unbeachtet lässt. Dies wird vor allem durch seine Auffassung des Römisch-Deutschen Reiches als Staatenföderation deutlich, da er noch kein Verständnis eines Bundesstaates entwickelt und so den Kaiser auf seine Schutzfunktion reduziert. So bleibt die Staatsräson auch bei Pufendorf in den Schranken der Renaissance, „den Hauptton auf die Sicherung der inneren Machtstellung des Herrschers“ legend.<sup>124</sup>

---

117 Die Datierung der Publikation des Werkes Pufendorfs ist umstritten, lässt sich jedoch auf einen Zeitraum zwischen 1664 und 1666 eingrenzen. Vgl. Döring, Detlef: Samuel Pufendorf in der Welt des 17. Jahrhunderts, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt am Main, 2012, S. 239f.

118 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 108.

119 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 265ff.

120 Döring, Detlef: Samuel Pufendorf in der Welt des 17. Jahrhunderts, 2012, S. 265f.

121 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 132f.

122 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 268.

123 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 131.

124 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 285f.

Im 17. Jahrhundert rückt der Begriff der Staatsräson aus dem Blickfeld der Philosophen und Staatstheoretiker und wird lediglich randläufig thematisiert.<sup>125</sup> Seine Weiterentwicklung erfolgt im Bereich der Ausgestaltung der Stärke eines Staates. Während in der Renaissance zunächst die Idee der Existenz staatseigener Interessen diskutiert wurde, konzentrieren sich die Vertragstheoretiker des 17. Jahrhunderts, geprägt durch die Monarchen ihrer Zeit, auf die Vereinigung vom absoluten Machtanspruch eines Staates und dem, aus dem Naturrecht abgeleiteten Freiheitsgedanken. Als Kompromiss entsteht eine Staatsräson, verstanden als Bürgerschaft des allmächtigen Staates, aus seinem eigenen Interesse heraus vernünftig zu regieren.<sup>126</sup> Mit dem Deutschen Pufendorf wird der Staat erstmals „von den Fesseln theologischen Denkens“<sup>127</sup> befreit und die Staatsinteressen im Sinne der Staatsräson spezifiziert. Doch ist im Absolutismus das Staatsverständnis noch nicht bei dem neuzeitlichen Nationalstaat angekommen, wie wir ihn heute definieren. Auf Grund dessen konnte sich die Staatsräson noch nicht zu dem abstrakten Begriff entwickeln, wie er im Folgenden Kapitel dargestellt wird.

## **2.2. Zeitgenössische Auslegungen und Definitionen**

Nach dem die Staatsräson von der Antike bis zur Aufklärung über die verschiedenen Theoretiker hergeleitet wurde, sollen im Folgenden die zeitgenössischen Definitionen des Begriffes dargestellt werden.

Als „Ahnherr im deutschen Forschungsdiskurs um das Wesen der Staatsräson“<sup>128</sup> schrieb Friedrich Meinecke das epochale Werk „Die Idee der Staatsräson“, erstmals erschienen in Jahr 1924, in welchem er zum Wesen der Staatsräson zählt, „daß sie sich immer wieder beschmutzen muß durch Verletzungen von Sitte und Recht, ja allein schon durch das ihr unentbehrlich erscheinende Mittel des Krieges, [...] den Durchbruch des Naturzustandes durch die Normen der Kultur bedeutet. Der Staat muß, so scheint es, sündigen.“<sup>129</sup> Die Handlungsmaximen des Staates und seiner Räson soll er aus der Erkenntnis seiner selbst und der Umwelt ziehen, so diktiert die Staatsräson dem Staat seine Gesetze und macht ihn dadurch frei.<sup>130</sup> Die Staatsräson schlägt damit eine Brücke zwischen dem Handeln nach Machttrieb und dem Handeln nach sittlicher Verantwortung und findet in deren Kombination das Optimum der staatlichen Existenz. Dabei ordnet sich der Staatsmann ihr ganz unter und

---

125 Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 114.

126 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 262f.

127 Ebd., S. 265.

128 Stockhammer, Nicolas: Das Prinzip der Macht, 2009, S. 179.

129 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 14.

130 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 1f.

steckt die eigenen Neigungen hinter dem Staatswohl zurück.<sup>131</sup> Meinecke bewertet das Handeln nach Staatsräson als positiv unter der Bedingung, dass ihre Schranken anerkannt werden, sie sich „reinigt und das Naturhafte in sich zurückdrängt“, denn dann „kommt die Staatsräson zu ihrer besten und dauerhaftesten Wirkung.“<sup>132</sup>

Herfried Münkler widerspricht in seinem Werk „Im Namen des Staates“ von 1987 Meinecke, in dem er den Begriff der Staatsräson „als eine politisch historische Konkretisierung des epochenübergreifenden Problems, wie Macht und Recht, Zweck und Mittel, Ziel und Weg zusammenzudenken sind“<sup>133</sup>, auffasst und seine Begriffsherleitung daher in der Antike beginnt. Seine Definition von Staatsräson lautet wie folgt. „Der Staat macht geltend, dass die ihm übergeordneten Normen und Werte nur dann verwirklicht werden können, wenn und insofern die staatliche Ordnung Bestand hat, dass also die Durchsetzung der Normen, denen er untergeordnet ist, davon abhängt, ob er handlungsfähig bleibt“<sup>134</sup>. Kurz bedeutet dies: „Im Konzept der Staatsräson ernennt sich der Staat zum politischen Zweck, indem er versichert, auf die Dauer nur ein Mittel sein zu wollen“<sup>135</sup>. Wenige Jahre später kritisiert Michael Stolleis in seinem Werk „Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit“ das Verständnis Meineckes von Staatsräson in dem Punkt, als dass dieses veraltet und sehr durch die 1920er Jahre geprägt sei.<sup>136</sup>

### **2.3. Zusammenfassung des Begriffsumfangs der Staatsräson**

Die Begriffshistorie der Staatsräson ist von Krisen geprägt. Thukydides und Platon waren von den Machtkämpfen des Peloponnesischen Krieges beeinflusst und richteten ihre Theorien auf die Überwindung des Krieges aus. Dabei entstand die Vorstellung von einer Machthybris, die von den Menschen Besitz ergreift und eine Ausweitung der eigenen Macht verlangt, die letztendlich zur Aufgabe jeglicher Normen und Werte führt. Dieser exzessive Machtgebrauch, beziehungsweise -missbrauch führt zum Untergang von Staaten, wie Thukydides anhand Athens verdeutlicht, und sollte daher eingedämmt werden. Das antike Verständnis der Staatsräson bleibt jedoch „im Persönlichen stecken und rechtfertigte wohl die durch den Zwang der Lage diktierte Handlungsweise der jeweiligen Machthaber, erhob sich aber (...) nicht konsequent zu der Idee einer überindividuellen (...) selbstständigen Staatspersönlichkeit“<sup>137</sup> Zwar kannte die Antike auch schon die Sünden der Staatsräson und

---

131 Ebd., S. 5ff.

132 Ebd., S. 507.

133 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 18.

134 Ebd., S. 12f.

135 Ebd., S. 13.

136 Vgl. Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 136ff.

137 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 31.

ihren Disput mit der Sittlichkeit und dem Recht, hatte dabei aber keine großen Schmerzen, wie das Mittelalter.<sup>138</sup> Während dieser Epoche war staatliche Macht untrennbar mit der Religion verknüpft, sodass die Sittlichkeit und Tugend höchstes Recht bildeten und kein Diskurs über einen Selbstzweck des Staates stattfand.

Erst mit der Reformation konnte der Staat separat betrachtet und seine Interessen analysiert werden. So wurde der mittelalterliche Rechtsbewahrstaat zu dem frühneuzeitlichen Machtstaat<sup>139</sup>, für den Niccolo Machiavelli die Handlungsgrundlage formulierte, dass „im Falle einer anders nicht zu lösenden Kollision zwischen den Geboten der Moral oder des Rechts auf der einen Seite, elementaren Interessen der Machtbewahrung im Inneren oder der Erhaltung des Staates gegenüber äußeren Gegnern andererseits dürfe, ja müsse der leitende Staatsmann Moral und Recht hinter der (...) >Staatsräson< zurücktreten lassen; keine moralische oder vertragliche Bindung dürfe eine Rolle spielen, wenn die politische Notwendigkeit verlange, daß man sich von jenen Bindungen freimache.“<sup>140</sup> Auf Grund dieser Anweisung konnte sich der Staat zu einem souveränen Gebilde mit eigenen Interessen entwickeln. Auch Machiavelli war dabei von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen seiner Zeit geprägt, nicht zuletzt zeigt das auch seine Nähe zu Thukydides. Der auf seinen unmoralischen Fürstenspiegel folgende Diskurs führte zu einer ausführlichen Erörterung der Vor- und Nachteile der Staatsräson. Dabei wurde der Begriff erstmals konkret abgegrenzt und setzte sich als *ratio di stato* durch.

Mit dem Beginn des Absolutismus neigte sich der Diskurs um Machiavelli und die Staatsräson dem Ende zu und der Begriff verlor an Bedeutung. In dem hobbeschen Leviathan gipfelt zwar der über alle Gesetze erhabene Regent, doch ist er letztendlich der Sicherheit und dem Frieden seiner Untertanen verpflichtet ohne einen Selbstzweck zu entwickeln. In den Schranken seiner Zeit verbleibt auch Pufendorf, der sich mit seiner Analyse der Staatsräson des Römisch-Deutschen Reiches hervortat. Mit der ausführlichen Herleitung der Staatsräson geben Meinecke und Münkler gezielte Definitionen des Begriffes. Dies ist erst durch das souveräne Staatsverständnis der Moderne möglich. Doch auch im zeitgenössischen Diskurs umgibt den Begriff der Staatsräson eine breite Grauzone, die eine eindeutige Abgrenzung trotz klarer Definition unmöglich macht. Eine Gemeinsamkeit lässt sich jedoch unter den unterschiedlichen Autoren erkennen. Sie entwickelten ihre Ideen zur Staatsräson stets im Zusammenhang mit dem drohenden Untergang ihrer jeweiligen Staaten und Gesellschaftssysteme. In der Antike skizziert Thukydides den Peloponnesischen Krieg,

---

138 Ebd., S. 33.

139 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 49.

140 W. Preiser (Anm. 6), 696. in: Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, 1990, S. 23.

den auch Platon vor Augen hatte, und in der Renaissance sind die Autoren von Erasmus bis Boccacini von den Religionskriegen und den gesellschaftlichen Veränderungen, ausgehen von der Reformation, geprägt, welche sich noch bis zu Hobbes in den Absolutismus durchziehen. Sogar Meinecke wird im Nachhinein vorgeworfen, er sei durch den ersten Weltkrieg und den Problemen der Weimarer Republik in seiner Analyse befangen. Der kleinste Nenner in der Historie der Staatsräson ist somit die drohende Auflösung des Staates. Auf Grundlage des gegebenen Inhaltes der Staatsräson soll im Weiteren die mediale Nutzung der Staatsräson im Zusammenhang mit der SPD analysiert werden.

### **3. Analyse der Verwendung des Begriffes der Staatsräson im Zusammenhang mit der SPD während der Regierungsbildung 2017/ 2018 in den Medien**

Nachdem die SPD noch am Wahlabend eine weitere GroKo ausschloss, brauchte es sechs Monate bis dann doch eine Schwarz-Rote-Koalition feststand. Nicht zuletzt erfolgte dies durch einen medialen Diskurs über die Staatsräson der SPD, welcher den öffentlichen Druck auf die Sozialdemokraten erhöhte, doch noch für eine Regierung zur Verfügung zu stehen. Dieser Diskurs soll im Folgenden analysiert werden. Zunächst soll dafür die Chronologie der Regierungsbildung dargestellt werden. Danach folgt die Analyse der Verwendung des Begriffes der Staatsräson in den Medienartikeln. Diese teilt sich in die qualitative Analyse der Artikel, in der die Zeitungsartikel im Zeitverlauf der Regierungsbildung dargestellt, nach den unterschiedlichen Zeitungen eingeteilt und nach der Herkunft der Aussage über die Staatsräson kategorisiert werden. In der qualitativen Analyse soll der genaue Kontext der Verwendung des Analysebegriffes und die Einstellung der Artikel zu diesem herausgearbeitet werden.

#### **3.1. Chronologie der Regierungsbildung 2017/ 2018**

Nach der Bundestagswahl am 24. September nahmen CDU, CSU, FDP und die Bündnis 90/ Die Grünen knapp einen Monat später Sondierungsgespräche auf.<sup>141</sup> Diese scheiterten jedoch, als die FDP in der Nacht zum 20.11.2017 aus den Gesprächen zurücktrat. Am darauffolgenden Dienstag bestellte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowohl die Parteiführungen der, an den bisherigen Sondierungen beteiligten Parteien sowie die, der SPD zu einem Gespräch ein, in dem er die Parteien daran erinnerte, ihre politische Verantwortung, um die sie sich beworben hatten, auch wahrzunehmen.<sup>142</sup> Am 07. Dezember

---

141 Tagesschau: Jamaika-Sondierung: Gespräche von CDU, CSU, FDP und Grünen beginnen, vom 20.10.2017.

142 Zeit Online: Steinmeier lädt Parteichefs zu Gesprächen, vom 21.11.2017.



stimmten die Mitglieder auf einem SPD-Bundesparteitag für die Aufnahme von Gesprächen mit der Union. Die Sondierungsgespräche der Parteien begannen einen Monat später und waren am 12. Januar beendet. Auf einem weiteren Bundesparteitag am 21. Januar stimmte die SPD Koalitionsverträgen mit der Union zu. Diese fanden vom 26. Januar bis zum 07. Februar statt. Sowohl die CSU als auch die CDU stimmten dem Koalitionsvertrag Anfang Februar und Ende Februar zu. Die SPD ließ über eine Mitgliederabstimmung bis zum 02. März über den Koalitionsvertrag abstimmen, welche positiv ausfiel. Daraufhin konnte am 12. März 2018 der Koalitionsvertrag der GroKo im Paul-Löbe-Haus in Berlin unterzeichnet werden.<sup>143</sup>

### **3.2. Quantitative Analyse der Zeitungsartikel zum Thema Staatsräson**

Für die Analyse der Verwendung des Begriffes der Staatsräson wurden sechs Tages- und Wochenzeitungen sowie Magazine ausgewählt, um eine möglichst große mediale Spannweite des Diskurses abzubilden. Dazu zählen der Focus, der Spiegel, die Zeit, die FAZ, die SZ und die TAZ. Die Datenbanken dieser Zeitungen wurden mit den Stichwörtern „Staatsräson UND SPD“ im Zeitraum vom 24.09.2017 bis zum 12.03.2018 durchsucht. Hierbei wurde auf die unterschiedliche Schreibweise des Analysebegriffes geachtet. Das Ergebnis an Artikeln wurde nach dem Bezug zur SPD und der Regierungsbildung hin analysiert. Dabei wurden solche Artikel aussortiert, die zwar beide Suchbegriffe enthielten, jedoch keinen Bezug zur Regierungsbildung hatten. In den Zeitraum fiel zum Beispiel auch eine Debatte darum, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehöre, was nicht zum Analysethema gehörte, obwohl sich die SPD dazu äußerte.<sup>144</sup> Auch Artikel, in denen die Staatsräson auf das Handeln anderer Akteure, wie das von CSU-Funktionären<sup>145</sup>, bezogen ist, wurden nicht in der Analyse beachtet. Die Recherche ergab schlussendlich 32 Artikel.<sup>146</sup>

Aus der im vorigen Kapitel ausgeführten Chronologie der Regierungsbildung von der Bundestagswahl bis zum Koalitionsvertrag lassen sich drei Sinnabschnitte ableiten: vom Wahltag an bis zum Abbruch der Sondierungen der Jamaika-Parteien (24.09.- 19.11.2017), von dem Jamaika-Aus bis zur Einwilligung der SPD in Sondierungsgespräche (20.11.- 06.12.2017) und von Beginn der Sondierungen der SPD mit der Union bis zur erfolgreichen Verabschiedung des Koalitionsvertrages (07.12.2017- 12.03.2018). In der ersten Phase entschied sich die SPD frühzeitig in die Opposition zu gehen und für keine weitere Koalition

---

143 Bundesregierung.de: Wie geht es weiter mit der Regierungsbildung?.

144 Focus Online: Kritik an Behörde gegen Judenhass: "Gut gemeint, aber Größenwahnsinnig", vom 18.01.2018.

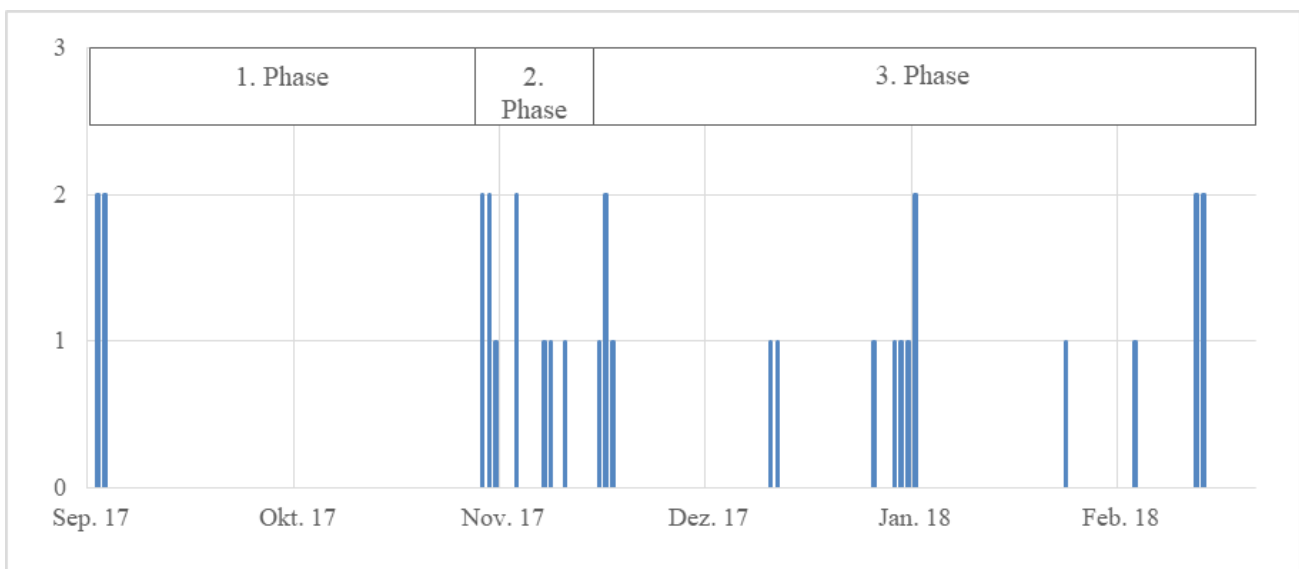
145 Wittl, Wolfgang: Einer muss draußen bleiben, Süddeutsche Zeitung, Nr. 48, vom 27.02.2018, S. 33.

146 Eine Tabelle, die alle Artikel nach Zeitung, Veröffentlichungsdatum, Titel und dem Sinnabschnitt über die Staatsräson auflistet, findet sich im Anhang, Tabelle 1.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

zur Verfügung zu stehen. Daraufhin hatte die Union mit der FDP und den Bündnis 90/ Die Grünen Sondierungsgespräche begonnen, weshalb die SPD ihre Entscheidung nicht überdenken musste. Während der zweiten Phase geriet die SPD enorm unter Druck, da die, unter Einbezug der Parteiaussagen, einzig mögliche Koalition schon an den Sondierungen gescheitert war und die rechnerisch zweite Möglichkeit einer GroKo nun wieder in Betracht gezogen und neu diskutiert wurde. Mit der Kehrtwende der SPD Gespräche mit der Union aufzunehmen und eine Regierung zu bilden, beginnt die letzte Phase, in der die Sondierungen und Koalitionsgespräche zwischen SPD sowie CDU/ CSU stattfanden. Die folgende Abbildung stellt alle Artikel der verschiedenen Zeitungen eingeteilt in die drei Phasen dar.

*Abbildung 1: Anzahl der Medienartikel nach Phasen*

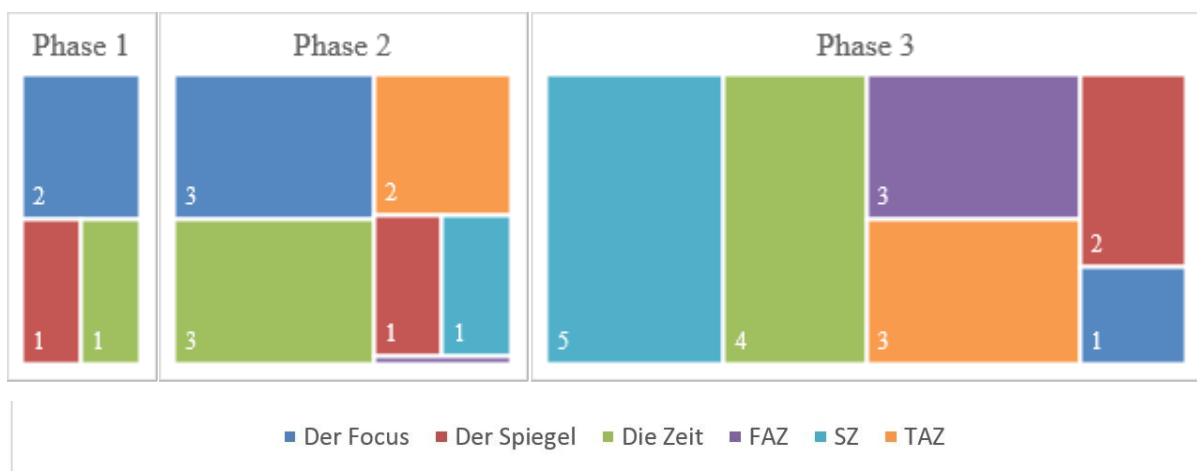


Von den insgesamt 32 Artikeln erscheinen vier zu Beginn der ersten Phase kurz nach der Bundestagswahl. In der zweiten Phase wurden zehn Artikel mit abnehmender Tendenz verstreut über den gesamten Zeitraum veröffentlicht. Die dritte Phase bildet die längste Phase, weshalb hier mit insgesamt 18 die meisten Artikel mit Bezug zur SPD und der Staatsräson veröffentlicht wurden. Auffällig ist, dass die Anzahl der Artikel in dieser Phase ansteigt, wenn von der SPD wichtige Entscheidungen gefällt werden. So werden zu Beginn während der Abstimmung der SPD über die Aufnahme von Gesprächen mit der Union vier Artikel mit dem Analysethema veröffentlicht. Nach einem kleinen Anstieg an Neujahr, erhöht sich erneut die Anzahl der Artikel um den 21. Januar, wo die SPD über die Aufnahme von Koalitionsgesprächen abstimmte. Danach finden sich vereinzelt Artikel mit Bezug zur SPD und dem Begriff der Staatsräson bis Anfang März, wo sich die Anzahl parallel zur

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Abstimmung der SPD über den Koalitionsvertrag abermals erhöht. Dieser Verlauf zeigt einerseits, dass die Zeitungen zu den jeweils anliegenden Entscheidungen erwartungsgemäß vermehrt über die SPD in Zusammenhang mit der Staatsräson Bericht erstattet haben. Andererseits wird deutlich, dass die Debatte um die SPD und ihre Staatsräson gerade in der zweiten und zu Beginn der dritten Phase geführt worden ist. Die folgende Abbildung zeigt die Anzahl der Artikel in den jeweiligen Zeitungen aufgeteilt auf die drei Phasen.

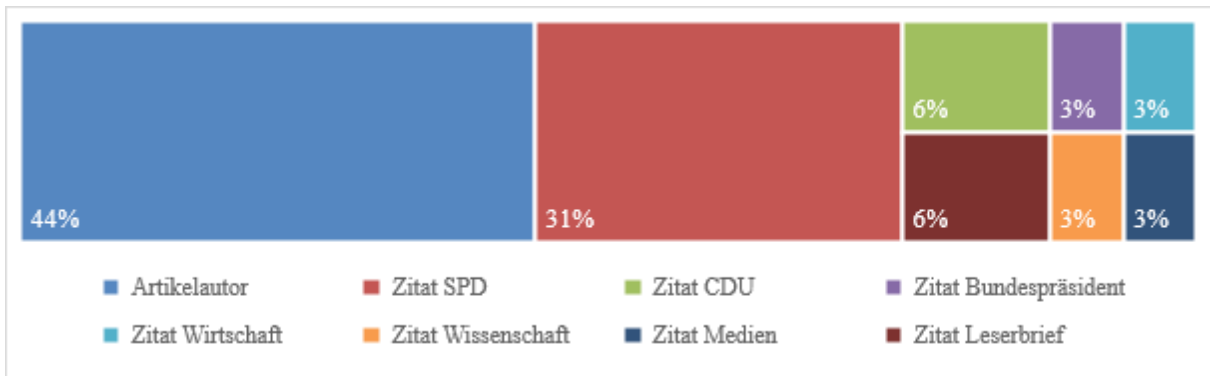
Abbildung 2: Anzahl der Artikel nach Phase und Zeitung



Über alle drei Phasen hinweg wurden in der SZ und der Zeit mit jeweils sieben Artikeln die meisten veröffentlicht. Dies ist besonders hervorzuheben, da beides Wochenzeitungen sind und eine geringe Ausgabenstärke gegenüber den Tageszeitungen haben. Jedoch wurden auch die Onlineartikel der Redaktionen berücksichtigt. So wurden bei der Zeit sechs und bei der SZ fünf der sieben Artikel online veröffentlicht, was die hohe Artikelanzahl der Wochenzeitungen erklärt. Danach folgt der Focus, welcher das Analysethema sehr viel mehr diskutiert gegenüber dem Spiegel, als weiteres Wochenmagazin. Darauf folgen die TAZ, die FAZ und zum Schluss der Spiegel mit drei Artikeln. In der ersten Phase wurden von insgesamt vier Artikeln die Hälfte im Focus veröffentlicht. In der zweiten Phase befanden sich die meisten Artikel im Focus und der Zeit. Die meisten Artikel in der dritten Phase wurden in der SZ veröffentlicht. Werden die Aussagen über den Begriff der Staatsräson in den Artikeln nach ihrer Herkunft eingeteilt, ergibt sich folgende Übersicht.

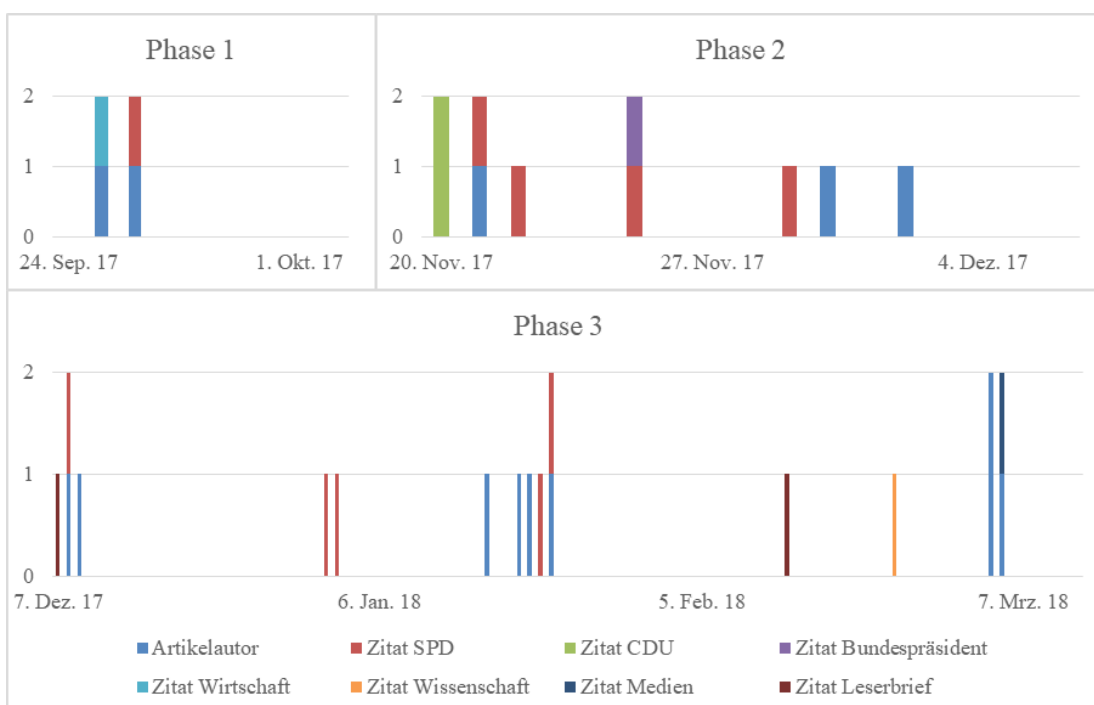
Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Abbildung 3: Prozentualer Anteil der Artikel nach Herkunft der Aussage über Staatsräson



Die meisten Aussagen, die die SPD mit dem Begriff der Staatsräson in Verbindung bringen, stammen von den Artikelautoren mit einem Anteil von 44 Prozent. In knapp einem Drittel der Artikel äußern sich die Parteimitglieder der SPD selbst über ihre Partei in Zusammenhang mit der Staatsräson. Mit einem Anteil von jeweils sechs Prozent, tätigen CDU-Mitglieder beziehungsweise Autoren von Leserbriefen Aussagen über das Analysethema. In jeweils einem Artikel wird die Staatsräson in einem Zitat vom Bundespräsidenten, einem Wirtschaftsvertreter, einem Wissenschaftler und in einem Zitat einer anderen Zeitung genannt. Die SPD wird demnach vor allem durch die Artikelautoren und Zitate eigener Parteiäußerungen in Verbindung mit dem Begriff der Staatsräson gebracht. Wird diese Einteilung im Zeitverlauf betrachtet, ergeben sich folgende Ergebnisse.

Abbildung 4: Zeitverlauf mit Artikeln nach der Herkunft der Aussage mit dem Inhalt über den Begriff der Staatsräson (Auswahl)



In der obenstehenden Abbildung sind die Artikel nach dem Autor der Aussage über Staatsräson dargestellt. Die Kategorien teilen sich in Aussage des Artikelautors und Zitat der SPD, der CDU sowie des Bundespräsidenten, Zitate von Akteuren aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und Zitate anderer Medien sowie Autoren von Leserbriefen. Da in der ersten Phase nur in der ersten Woche Artikel zum Analysethema veröffentlicht wurden, ist nur diese im Zeitverlauf dargestellt, angepasst an die zwei Wochen der zweiten Phase. Die dritte Phase ist in einem monatlichen Zeitverlauf dargestellt. Die Abbildung macht deutlich, dass die SPD von Beginn an, selbst an dem Diskurs über ihren Eintritt in eine GroKo aus Staatsräson heraus beteiligt war. Gleichwohl haben auch die Medien diesen Diskurs konstant bis zur Regierungsbildung geführt. Die CDU bringt sich direkt nach dem Scheitern von Jamaika mit ein und will die SPD an ihre Staatsräson erinnern. Ebenso wird der Appell des Bundespräsidenten in seinem Gespräch mit den Parteien vom 21. November in den Diskurs mit aufgenommen. Interessant ist, dass sich die Rezipienten, also die Leser über abgedruckte Leserbriefe in den Diskurs mit einmischen. Dies geschieht zu Beginn der dritten Phase und Mitte Februar. Darunter befindet sich auch der einzige Artikel, der den Diskurs selbst kritisiert.<sup>147</sup>

### **3.3. Qualitative Analyse der Verwendung des Begriffes der Staatsräson in Zusammenhang mit der SPD in den Zeitungartikeln**

Im Weiteren erfolgt die qualitative Analyse der Artikel, die sich auf den Begriff der Staatsräson und seine Verwendung in den Zeitungartikeln konzentriert. In allen Artikeln steht der Begriff im Zusammenhang mit dem Regierungseintritt der SPD in eine GroKo. In einem ersten Schritt soll nun der genaue Kontext, in dem der Begriff verwendet wird, herausgearbeitet werden. Danach erfolgt die Analyse, wie die Artikel den Zusammenhang zwischen der Staatsräson und der SPD bewerten.

Obwohl jeder Artikel den Begriff der Staatsräson in Zusammenhang mit dem Eintritt der SPD in eine GroKo bringt, fällt die Verwendung des Begriffes doch unterschiedlich aus. Er wird einerseits als Begründung für, als auch als Argument gegen einen GroKo-Eintritt der SPD verwendet. So schreibt beispielsweise die SZ über Martin Schulz Argumentation für eine GroKo, denn „[...] es geht um die staatspolitische Verantwortung. Aber ist es nicht gerade auch ein Stück Staatsräson, starke sozialdemokratische Opposition zu sein? Das ist die Standardgegenfrage der Groko-Gegner.“<sup>148</sup> Im nachfolgenden Diagramm sind daher die prozentualen Anteile der Artikel nach dem Kontext der Verwendung des Begriffes der

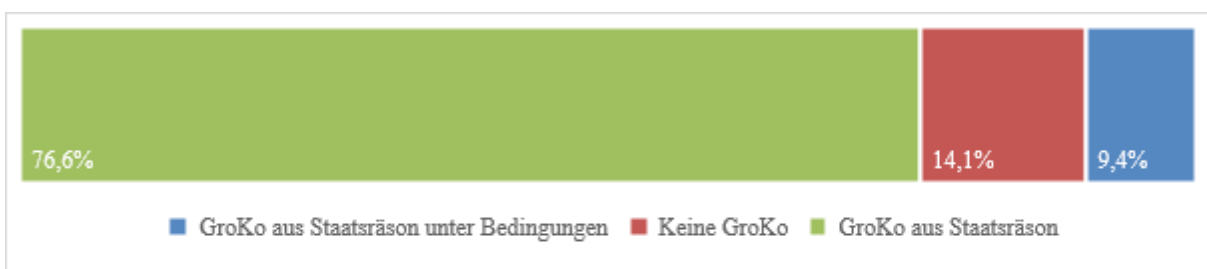
<sup>147</sup> Mutius von, Gisela: Was mit der Groko droht, Die Zeit, Nr. 51, vom 07.12.2017, S. 20.

<sup>148</sup> Süddeutsche Zeitung: Martin Schulz erreicht nicht die Herzen der Delegierten, vom 21.01.2018. Dieser Artikel wurde in der Analyse zur Hälfte der Kategorie „GroKo aus Staatsräson“ und „Keine GroKo“ zugeordnet.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Staatsräson dargestellt. Die Einteilung erfolgte in die Kategorien „GroKo aus Staatsräson“, wenn der Begriff im Zusammenhang mit dem Eintritt der SPD in die GroKo stand, „Keine GroKo“, wenn der Begriff zur Begründung der Verweigerung eines Regierungseintritts der SPD verwendet wurde. Unter die dritte Kategorie fielen solche Artikel, in denen die SPD der GroKo nur aus Gründen der Staatsräson beitreten sollte, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt werden.

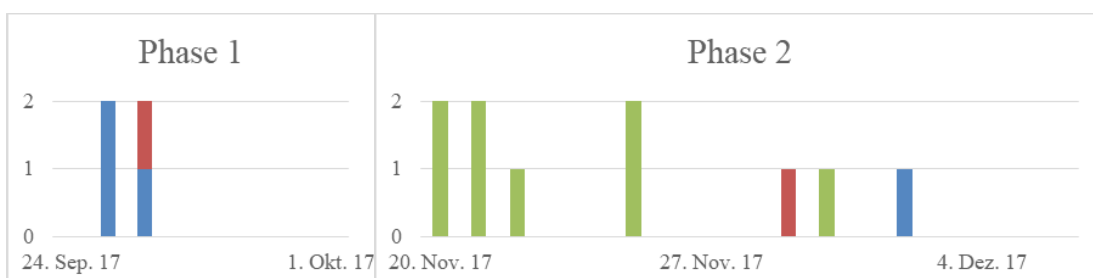
Abbildung 5: Prozentuale Anteile des Kontextes von Staatsräson in Zusammenhang mit der SPD in den Artikeln

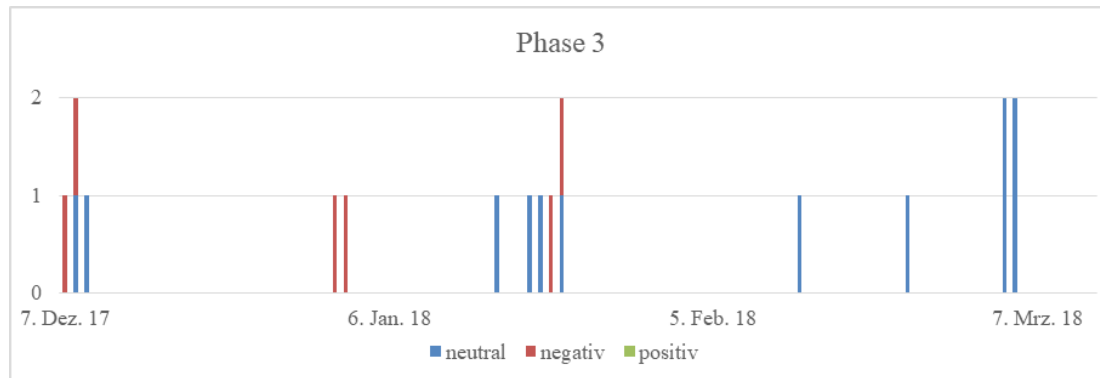


In drei Viertel der Artikel steht die Staatsräson im Kontext des Eintritts der SPD in eine GroKo. Lediglich 14 Prozent der Artikel argumentieren mit Hilfe des Begriffes gegen eine GroKo mit der SPD. In knapp zehn Prozent wird die Staatsräson abermals mit dem Regierungseintritt der SPD in Verbindung gebracht, dazu werden jedoch bestimmte Bedingungen gefordert. Der Kontext in dem die Staatsräson Verwendung findet, steht demnach überwiegend im Zusammenhang mit dem Zustandekommen der GroKo.

Wie dieser Kontext in den Artikeln bewertet wird, zeigen die untenstehenden Diagramme, aufgeteilt in die drei Phasen. Da in der ersten Phase nur vier Artikel innerhalb der ersten vier Analysetage veröffentlicht wurden, ist der Analysezeitraum auf eine Woche nach der Bundestagswahl verkürzt dargestellt. Die zweite Phase umfasst in etwa zwei Wochen, sodass die Darstellungen unverzerrt sind. Das Diagramm, welches die dritte Phase zeigt, besitzt eine längere Zeitachse.

Abbildung 6: Zeitverlauf der Artikel nach der Bewertung vom Eintritt der SPD in eine GroKo aus Staatsräson



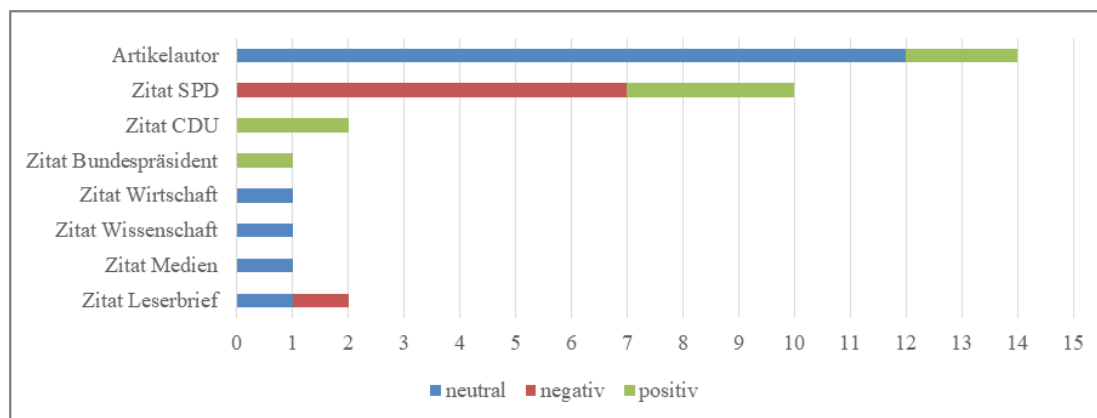


Zusammengenommen enthalten 16 Artikel eine neutrale Einstellung gegenüber einer Regierungsbildung der SPD aus Gründen der Staatsräson. Die andere Hälfte teilt sich genau in jeweils acht Artikel, die das Analysethema negativ, und acht Artikel, die diesem positiv gegenüberstehen. Es lässt sich daher kein Ausschlag in der Einstellung der Artikel erkennen. Im Einzelnen wird in der ersten Phase in drei von vier Fällen die Aussage über die Staatsräson neutral getroffen. Das heißt der Begriff fällt ohne Bewertung im Zusammenhang mit einer möglichen GroKo. Von Seiten der SPD bewertet Katarina Barley in einer wiedergegebenen politischen Talkshow eine Regierungsbildung aus Gründen der Staatsräson negativ<sup>149</sup> und gibt somit dem Diskurs von Beginn an einen negativen Tenor von Seiten der SPD. Nach dem Scheitern der Sondierungen zwischen den Jamaika-Parteien überwiegen die positiven Bewertungen einer GroKo aus Gründen der Staatsräson. Mit einem, vom Thüringer CDU-Vorsitzenden Mike Mohring gegebenen Ausspruch „Staatsräson gehe vor Parteiräson“<sup>150</sup> wird, von Beginn der zweiten Phase an, der Druck auf die SPD, doch für eine Regierungsbildung zur Verfügung zu stehen, erhöht. Die letzte Phase ist von einer neutralen Verwendung des Begriffes durchzogen. Lediglich zur Abstimmung über die Aufnahme von Sondierungsgesprächen am 07. Dezember, zum Jahreswechsel und um den 21. Januar, zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag, finden sich negative Bewertungen einer GroKo aus Staatsräson. Positive Bewertungen dessen finden sich in der dritten Phase nicht mehr. Werden die Bewertungen des Eintrittes der SPD in eine GroKo aus der Staatsräson heraus nach der Herkunft der Aussage kategorisiert, ergibt sich folgende Darstellung.

149 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Mathematik kann Politik nicht ersetzen, vom 26.09.2017.

150 Focus Online: Ramelow für Minderheitsregierung, vom 20.11.2017.

Abbildung 7: Bewertung von Eintritt der SPD in GroKo aus Staatsräson nach Herkunft der Aussage



Wie schon unter Kapitel 3.2, Abbildung 3 beschrieben, stammen die meisten Nennungen, insgesamt 14, des Begriffes der Staatsräson von den Artikelautoren. Dabei äußern sie sich überwiegend neutral und nur in zwei Fällen positiv über den Begriff in Zusammenhang mit dem Eintritt der SPD in eine GroKo. Die zweit größte Kategorie bilden die Zitate von SPD-Mitgliedern. Sie bewerten den Kontext in sieben von zehn Artikeln negativ und in den Restlichen positiv. Im Hinblick auf die letztendliche Entscheidung überrascht der deutliche Ausschlag zur negativen Bewertung, könnte jedoch damit begründet werden, dass die Staatsräson nicht das einzige Argument für eine GroKo war. Eine rein positive Bewertung des Kontextes fällen die Mitglieder der CDU und der Bundespräsident, was ihr Interesse unterstreicht, Deutschland schnell zu einer stabilen Regierung zu verhelfen. Ohne eine Wertung äußern sich Akteure der Wirtschaft und der Wissenschaft zur Staatsräson. Ebenso fallen Zitate anderer Medien aus. In Leserbriefen äußern sich deren Autoren zur Hälfte neutral und negativ über eine GroKo aus Gründen der Staatsräson. Dabei ist ein Zitat hervorzuheben, in der sich eine Leserin der Zeit über den Diskurs selbst äußert. „Ich bedauere sehr, dass sich auch die ZEIT dem Medien-Trommelfeuer angeschlossen hat, mit dem die SPD zur »Staatsräson« gebracht und eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen abgewendet werden sollen.“<sup>151</sup> Diese reflektierte Äußerung zum Kontext der Staatsräson ist jedoch der Einzige, der den Diskurs selbst aufnimmt und bewertet.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Begriff der Staatsräson in über 80 Prozent der Artikel in dem Kontext verwendet wird, dass sie der Grund zur Bildung einer GroKo sei, wenn auch zum Teil unter bestimmten Bedingungen. In knapp 15 Prozent der Artikel wird die Staatsräson als Begründung für die Verweigerung der SPD gegenüber einer GroKo

151 Mutius von, Gisela: Was mit der Groko droht, Die Zeit, Nr. 51, vom 07.12.2017, S. 20.



verwendet. Die Bewertung dieses Kontextes fällt sehr ausgeglichen aus. So fällt die Bewertung insgesamt zur Hälfte neutral, und zu jeweils einem Viertel positiv beziehungsweise negativ aus. Über die einzelnen Phasen hinweg ist zu erkennen, dass der Begriff zunächst tendenziell negativ verwendet wurde, und das von der SPD. Während der Sondierungen der Jamaika-Parteien wird die SPD nicht mehr in Verbindung mit der Staatsräson gebracht, dafür mit einer umso positiveren Bewertung hinzu einer Regierungsbildung nach dem Scheitern der ersten Sondierungen zu Beginn der zweiten Phase. In der dritten Phase überwiegt die neurale Nennung des Begriffes, gespickt mit einzelnen negativen Einstellungen rund um die wichtigen Entscheidungen der SPD vom Eintritt in Sondierungsgespräche mit der Union, bis hin zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag. Dass sich die SPD in den Zeitungsartikeln überwiegend negativ äußert, dann aber doch für eine GroKo stimmt, könnte darauf hindeuten, dass sie dieser nicht nur auf Grund der eigenen Staatsräson tat.

#### **4. Auswertung**

In der Auswertung soll die Zusammenführung der Ergebnisse aus den Kapiteln zwei und drei erfolgen. Die Begriffshistorie und die Definitionen des Begriffes der Staatsräson sollen dazu mit der analysierten Verwendung des Begriffes in den Zeitungsartikeln abgeglichen werden. Darüber hinaus soll die zu Beginn der Arbeit aufgestellte These überprüft werden, ob die Verwendung der Staatsräson in Zusammenhang mit der Regierungsbildung der SPD nicht sinngemäß ist. Dazu wird argumentiert werden, in wie fern die herausgearbeitete Definition der Staatsräson die Verwendung des Begriffes im analysierten Kontext zulässt.

Die Herleitung des Begriffes der Staatsräson hat ergeben, dass sich der Begriff um das Weiterbestehen des Staates dreht, welcher so einen Selbstzweck entwickelt, um die gesellschaftlichen Normen auf Dauer sichern zu können. Dies fasst Münkler wie folgt zusammen. „Der Staat macht geltend, dass die ihm übergeordneten Normen und Werte nur dann verwirklicht werden können, wenn und insofern die staatliche Ordnung Bestand hat, dass also die Durchsetzung der Normen, denen er untergeordnet ist, davon abhängt, ob er handlungsfähig bleibt“<sup>152</sup>. Während der Regierungsbildung 2017/ 2018 wurde die Staatsräson in den Kontext der SPD-Entscheidung eingebunden, in die Opposition zu gehen und im weiteren Verlauf doch einer GroKo zuzustimmen. Dabei wurde in der überwiegenden Mehrzahl der Artikel das Zustandekommen einer GroKo auf Grund der Staatsräson der SPD

---

152 Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 12f.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

postuliert. Doch auch das Beharren auf der Entscheidung in die Opposition zu gehen wurde in der dritten Analysephase als Staatsräson angesehen. Die Bewertung dieses Kontextes viel ausgeglichen aus.

Wird nun die Definition auf den Kontext der Artikel, in dem die Staatsräson verwendet wird, übertragen, so werden die Entscheidungen der SPD wie folgt gedeutet. Auf Grund von Staatsräson eine Entscheidung zu treffen, heißt nach Münkler den Staat zu einem Zweck zu erklären, um ihn langfristig nur als Mittel zur Sicherung der moralischen Regeln zu nutzen. Für die Regierungsbildung ausgehen von der SPD bedeutet dies, dass sie den Erhalt des Staates durch ihr Einwilligen in eine GroKo sichert. Für die Gegenseite hieße dies, dass die erste Entscheidung der SPD in die Opposition zu gehen dem Staat auf Dauer diene. Werden diese beiden Entscheidungen mit dem Begriffsinhalt der Staatsräson fortgeführt, würde die SPD demnach den Staat aufs Spiel setzen, wenn sie keine Regierung mit der Union einginge beziehungsweise für die Gegenseite, wenn sie sich für eine Regierung mit der Union opfern würde. An dieser Stelle wird deutlich, dass die aus der Staatsräson folgende Handlung nicht genau bestimmt werden kann. So ist die vornehmliche Meinung der Artikel, dass eine GroKo dem Staatserhalt diene, ein geringer Teil jedoch hält die Opposition für den richtigen Platz dies zu tun.

Doch stellt sich die Frage, ob die Entscheidung der SPD tatsächlich eine so große Tragweite besitzt, den Erhalt des Staates zu beeinflussen. Schon Machiavelli ging von einer Determiniertheit der Geschichte aus, was sich bei Meinecke darin fortsetzt, dass er die Handlungsmaximen der Staatsräson als nicht willkürlich bezeichnet.<sup>153</sup> Die SPD kann sich für die Opposition oder eine weitere GroKo entscheiden, beides stellt jedoch nicht den Weiterbestand des Staates auf die Probe. Wäre die SPD bei ihrem Beschluss geblieben, eine Oppositionspartei zu bilden, hätte immer noch eine Minderheitenregierung aufgestellt werden können. Und auch bei dessen Scheitern, sieht das Grundgesetz der Bundesrepublik vor, Neuwahlen auszurufen. Da Neuwahlen in einer Demokratie nicht die Existenz des Staates bedrohen, ergibt sich daher, dass die SPD mit der Weigerung in eine weitere GroKo einzutreten, nicht gegen die Staatsräson der Bundesrepublik handelt. Umgekehrt entfällt auch die Wirkung des Argumentes der GroKo-Gegner, denn die Sozialdemokraten handeln auch nicht entgegen der Staatsräson, wenn sie eine Regierung bilden. Zwar kann der Nutzen für die Partei dabei in Frage gestellt werden, wie es Katarina Barley schon im September letzten Jahres äußerte<sup>154</sup>. Doch ist die vornehmliche Aufgabe einer Partei letztendlich eine Regierung zu bilden, was der Bundespräsident in seinem Appell nach dem

---

153 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 1.

154 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Mathematik kann Politik nicht ersetzen, vom 26.09.2017.

Jamaika-Aus herausstellte.<sup>155</sup> Der Staat ist über sein Grundgesetz und Wahlrecht sowohl auf das Nichtzustandekommen einer Regierung als auch auf Neuwahlen vorbereitet. Es gilt demnach geltendes Recht umzusetzen, da der Staat nicht in seiner Existenz oder seinen Werten bedroht wird und sich demzufolge keine Rechtfertigung ableiten lässt sich über die Prozedere einer Neuwahl oder Ähnlichem hinwegzusetzen.

An dieser Stelle kann angeführt werden, dass sich eine Bedrohung des Staates aus der Möglichkeit von Neuwahlen ableiten ließe. Ausgehend davon, dass eine Minderheitenregierung sehr unwahrscheinlich ist, nicht zuletzt, da es in der Geschichte der Bundesrepublik auf Bundesebene noch keine Minderheitenregierung gab<sup>156</sup>, sind bei einer Verweigerung der SPD, eine Regierung zu bilden, Neuwahlen zu erwarten. Dabei lässt sich das Gegenargument anführen, dass Neuwahlen eine Bedrohung des Staates durch die AfD auslösen. Denn mit dem Einzug der AfD ist erstmals eine Partei im Bundestag vertreten, die als rechtspopulistisch eingestuft wird.<sup>157</sup> Bei Neuwahlen könnte die AfD ihr Ergebnis von 12,6 Prozent noch weiter ausbauen. Damit würde das Risiko einer erstarkenden Partei am rechten Rand im Parlament hingenommen werden. Mit Blick auf diese Möglichkeit wird in den Medien das Beispiel des Scheiterns der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik angeführt. Damals führte ein Querstellen der SPD innerhalb der Regierung zu deren Rücktritt. In den darauffolgenden Neuwahlen gewann die NSDAP mit einem erdrutschartigen Sieg von 18,3 Prozent enorm an Zuspruch.<sup>158</sup> Damit der AfD solch eine Gelegenheit nicht bietet, soll die SPD aus Staatsräson diesmal dem Erfolg der Regierung und damit der Staatsräson dienen und nicht der eigenen Partei. Die AfD ist derzeit nicht mit einer nationalsozialistischen Partei zu vergleichen, dennoch lassen sich Parallelen finden, wie eine ausländerfeindliche Agenda<sup>159</sup>, die zur Bedrohung der bundesrepublikanischen Werte führen könnte.

Dementgegen steht jedoch, dass die AfD zunächst eine legitime Partei darstellt und somit ihr Platz im Parlament seine demokratische Berechtigung findet. Andernfalls besitzt die Justiz über ausreichende Möglichkeiten eine Partei zu verbieten, falls sie die Grenze hin zu einer extremistischen Partei überschreitet. Zudem zeigt das Ergebnis der ARD-Umfrage von Infratest dimap, dass sich das Wahlergebnis bei Neuwahlen nicht bedeutend geändert

---

155 Zeit Online: Steinmeier lädt Parteichefs zu Gesprächen, vom 21.11.2017.

156 Bundeszentrale für politische Bildung: Bundestagswahlen 1949-2009. Von 2013 bis zur 19.

Legislaturperiode regierte eine Große Koalition aus CDU/ CSU und SPD. Vgl. Tagesschau: Bundestagswahl 2013.

157 Bundeszentrale für politische Bildung: Kurz und bündig: Die AfD, vom 16.07.2018.

158 Conze, Eckart: Das alte Weimarer Drama?, Die Zeit, Nr. 49, 72. Jahrgang, vom 30.11.2017, S. 22.

159 Bundeszentrale für politische Bildung: Etappen der Parteigeschichte der AfD, vom 16.07.2018.

hätte.<sup>160</sup> Somit stellt auch die Möglichkeit von Neuwahlen keine existenzbedrohende Situation für die Bundesrepublik dar.

Der Wesensgehalt der Staatsräson besteht im Selbstzweck des Staates. Seine Existenz sichert das Zusammenleben der Gesellschaft, die Durchsetzung von Normen und Werten durch Gesetze und die Sicherung von Freiheit und Wohlergehen der Bevölkerung. Dass innerhalb des Staates die Gesetze, wenn nötig durch Staatsgewalt, eingehalten werden können, stellt somit die Grundvoraussetzung für die Existenz des Staates dar. Die Entscheidung der SPD, nach der Bundestagswahl eine Regierung zu bilden oder in die Opposition zu gehen, fällt in den legalen Bereich der geltenden Gesetze. Statt, wie in den Artikeln geltend gemacht wurde, der SPD zu unterstellen mit jeweils einer der Handlungsmöglichkeiten gegen die Staatsräson der BRD zu handeln, verhält es sich im Gegenteil so, dass sie mit beiden Handlungsoptionen gemäß den Normen der deutschen Demokratie handelt. Der Kontext der Artikel liegt damit außerhalb des Inhaltes der Staatsräson, die erst greift, wenn der Staat in der Sicherung seiner Normen bedroht wird. Da die Entscheidung einer Partei entweder in die Opposition zu gehen oder eine Regierung zu bilden eben genau den Grundstein einer Demokratie bildet, zeigt wie wenig die Staatsräson mit der SPD und der Regierungsbildung von 2017/ 2018 zu tun hat. Die Verwendung des Begriffes der Staatsräson ist an dieser Stelle somit nicht zweckmäßig.

Die zu Beginn aufgestellte These, dass die Verwendung des Begriffes der Staatsräson in Zusammenhang mit der SPD-Entscheidung eine GroKo einzugehen nicht sinngemäß ist, kann damit verifiziert werden. Es liegt keine Bedrohung des Staates und seiner Werte vor, sodass allein die geltenden Gesetze als Richtlinie für die Entscheidung der Sozialdemokraten bindend sind und diese lassen es der Partei offen, entweder in die Opposition oder eine Regierung einzutreten ohne an die Rason des Staates zu denken.

## **5. Fazit**

Für die SPD ist ihre Darstellung in den Medien von großer Bedeutung. Als Partei bildet sie die Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Staat und ist somit von ihrem direkten und indirekten medialen Auftreten abhängig. Nach der Bundestagswahl im September 2017 galt die große Aufmerksamkeit der Medien der SPD, zunächst, da sie als Verlierer aus der Wahl ging und ihren Platz in der Opposition sah, und darauf, weil eine GroKo die einzige

---

<sup>160</sup> Infratest dimap: ARD-Deutschlandtrend November 2017, S. 12 und Infratest dimap: ARD-Deutschlandtrend Dezember 2017, S. 14.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Möglichkeit bildete, eine stabile Regierung aufzustellen. Ihre Entscheidung, doch einer Regierung beizutreten, wurde sehr ausführlich in den Medien diskutiert und nicht zuletzt auch beeinflusst, indem Handlungsanweisungen verschiedenster politischer und gesellschaftlicher Akteure wiedergegeben wurden. In diesem Kontext wurde der Begriff der Staatsräson, als Grund für die mögliche Handlungsweise der SPD, eingebunden. In der Analyse wurde deutlich, dass vor allem die Medien selbst, als auch die SPD treibende Akteure des Diskurses waren. Zudem wurde die Bildung einer GroKo direkt nach dem Jamaika-Aus positiv bewertet, zuvor und nach dem Beginn von Sondierungen der Volksparteien gab es vereinzelt negative aber mehrheitlich neutrale Bewertungen, welche lediglich den Zusammenhang von der Entscheidung der SPD mit dem Begriff der Staatsräson herstellten. Darüber hinaus wurde jedoch herausgearbeitet, dass der Begriff der Staatsräson in diesem Kontext eine falsche Verwendung findet. Aus seiner Begriffshistorie geht hervor, dass es sich bei Handlungen aus Gründen der Staatsräson um solche handelt, die den Staat selbst schützen sollen, um auf Dauer das Gesellschaftssystem erhalten zu können. Voraussetzung dafür ist eine Bedrohung des Staates. Da diese, weder durch die SPD noch andere Faktoren während der Regierungsbildung, nicht gegeben war, fand die Staatsräson im medialen Diskurs keine sinngemäße Verwendung.

Eine Handlung aus Staatsräson impliziert immer auch ein Verstoß gegen die Normen und Werte des Staates, was Meinecke das Sündigen des Staates nannte.<sup>161</sup> Dieser Verstoß muss nicht explizit passieren, dennoch würde er von der Staatsräson gerechtfertigt. In letzter Konsequenz ist im Handeln nach Staatsräson demnach auch Solches eingeschlossen, was zuwider den Normen des Staates laufen. Die Entscheidung einer Partei innerhalb eines funktionierenden Staates über die Staatsräson zu begründen, kann daher sehr problematisch werden. So lange keine Bedrohung des Staates vorhanden ist, müssen die Normen des Staates geachtet und seinen Gesetzen Folge geleistet werden. Andernfalls wird dem Staat seine Existenz durch seine eigene Unfähigkeit entzogen, seine Normen selbst zu wahren, denn so würde, in Hobbes Worten, wieder der Naturzustand ausbrechen, sprich das Vertrauen in den Staat wäre nicht mehr gegeben. Die Verwendung der Staatsräson in dem Kontext der SPD-Entscheidung, eine GroKo zu bilden oder nicht, ist somit durchaus bedenklich. Vor allem, da diese nicht hinterfragt wurde, sondern lediglich von der Gegenseite für ihre Zwecke umfunktioniert, nämlich als Begründung dafür, dass die SPD in die Opposition gehen soll. Nur in einer gereinigten Form führt die Staatsräson zum Besseren<sup>162</sup>, woraus sich ableiten lässt, dass sie nicht als Begründung verwendet werden sollte, wenn die

---

161 Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1957, S. 14.

162 Ebd., S. 507.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Voraussetzungen, nach ihr zu handeln, nicht gegeben sind. Nicht nur die Medien, auch die SPD, weitere politische Akteure und solche aus der Zivilgesellschaft waren an dem Diskurs beteiligt, sollten zukünftig jedoch die Konnotation der verwendeten Begriffe beachten und hinterfragen, wie es lediglich eine Leserin der Zeit tat.<sup>163</sup>

---

163 Mutius von, Gisela: Was mit der Groko droht, Die Zeit, Nr. 51, vom 07.12.2017, S. 20.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Quellenverzeichnis

**Anhang:**

Titelbild: Ragione di Stato



Cesare Ripa: Ragione di Stato, in Iconologia, Roma, 1603.

Bildliche Darstellung der Staatsräson. Eine Interpretation des Bildnisses findet sich bei Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, 1987, S. 193f.

Quelle: Filosofia: Archivio della Ragione di Stato on line.

*Tabelle 1: Zeitungsartikel mit Bezug zur SPD und dem Begriff der Staatsräson zwischen dem 24.09.2017- 12.03.2018 aus den Zeitungen der Focus, der Spiegel, die Zeit, die FAZ, die SZ und die TAZ*

Zeitung	Datum	Artikelüberschrift	Sinnzusammenhang
Focus Online	25.09.2017 7	Ökonomen-Stimmen zum Ausgang der Bundestagswahl	Jörg Krämer, Chefvolkswirt Commerzbank „Nach der Bundestagswahl dürften Union, FDP und Grüne über eine Jamaika-Koalition verhandeln. Während die FDP in einer solchen Koalition einen großen Schritt hin zu europapolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verhindern würde, dürften die Grünen für weiterhin hohen

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			Druck auf die Automobilwirtschaft sorgen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sollte eine Jamaika-Koalition die Reformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) langsamer zurückrollen als eine Koalition zwischen Union und SPD. Eine Neuauflage der großen Koalition wäre nur denkbar, wenn die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition unwiderruflich scheitert und sich die SPD der <b>Staatsräson</b> beugt.“
Focus Online	25.09.2017	So könnte es zwischen Union, Grünen und FDP funktionieren	Natürlich könnte die Bildung einer Jamaika-Koalition scheitern. Falls es dazu käme, bliebe –wenn man von Neuwahlen absieht – nur eine Neuauflage einer Koalition aus Union und SPD. Die geschlagene SPD, die in den Jahren an der Seite Merkels in der Wählergunst abstürzte, würde sich auf eine solche Koalition wohl nur einlassen, wenn sich eine Jamaika-Koalition nach langen Verhandlungen als absolut nicht machbar herausstellt und die <b>Staatsräson</b> sie dazu zwingen würde. In einem solchen Szenario würde sich die SPD ihre Regierungsbeteiligung teuer bezahlen lassen; sie würde die Wirtschafts- und Finanzpolitik dominieren.
Frankfurter Allgemeine Zeitung	26.09.2017	Mathematik kann Politik nicht ersetzen	Die Ankündigung der CSU, die offene rechte Flanke zu schließen, stellt dem Weg nach Jamaika Hürden in den Weg. Unbestritten ist, dass ein Jamaika-Bündnis nur schwierig zu verhandeln und zu managen sein wird.



			<p>Dass die SPD nicht dazu genötigt werden kann, aus <b>Staatsräson</b> politischen Selbstmord zu begehen, ist verständlich, aber sie hätte sich für die Entscheidung, in die Opposition zu gehen, mehr Zeit nehmen können. Barley nimmt erkennbar bedauernd Abschied von ihrem Ministeramt. Brender tröstet sie: In der Opposition könne die SPD zu einer starken, vernünftigen und glaubwürdigen Stimme finden.</p>
Süddeutsche Zeitung	26.09.2017	Es ist angerichtet	<p>Eine Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen gilt als wahrscheinlich. Aber würden die Grünen einer Obergrenze zustimmen? Sicher nicht. Und was dann? Stellt sich die SPD aus <b>Staatsräson</b> doch noch als Unionspartnerin zur Verfügung?</p>
Focus Online	20.11.2017	Ramelow für Minderheitsregierung	<p>Der Thüringer CDU-Vorsitzende Mike Mohring warb hingegen für neue Gespräche mit der SPD. „Die CDU sollte die SPD zu offiziellen Sondierungsgesprächen einladen und ihr Zeit lassen, die Situation neu zu überdenken“, sagte er am Montag. <b>Staatsräson</b> gehe vor Parteiräson. Dieser Verantwortung könne man sich nicht entziehen. Der SPD-Bundesvorstand beschloss am Montag jedoch einstimmig, eine Große Koalition mit der Union auszuschließen und Neuwahlen nicht zu scheuen.</p>
Focus Online	20.11.2017	Thüringer CDU-Chef Mohring wirbt für Gespräche mit der	<p>„CDU sollte SPD zu offiziellen Sondierungen einladen und Zeit lassen, die Situation neu zu</p>

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

		SPD	überdenken“, schrieb Mohring am Montag im Kurznachrichtendienst Twitter. <b>Staatsräson</b> gehe vor Parteiräson. Die SPD hatte nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche für ein Jamaika-Bündnis aus CDU, CSU, FDP und Grünen allerdings an ihrer Absage an eine Regierung mit der Union festgehalten.
Focus Online	21.11.2017	Christian Weber: SPD darf sich GroKo nicht verweigern	Er forderte seine Partei nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche auf, ihre Verweigerungshaltung zu überdenken. „Das ist kein Umfallen, das hat was mit <b>Staatsräson</b> zu tun, mit Patriotismus zu tun. Das hat damit zu tun, dass man sich nicht verweigert“, sagte Weber am Dienstag im Interview mit „Radio Bremen“. Sieling hatte am Montag dagegen gewarnt, es dürfe nicht durch die Hintertür zu einer Neuauflage der großen Koalition kommen. Das Wählervotum vom 24. September sei eindeutig gewesen. „Eine Weiterführung der großen Koalition war erkennbar nicht gewollt“, erinnerte Sieling. Werde eine Regierungsbildung nicht erreicht, wäre eine Neuwahl die „ehrlichste Antwort“. Weber äußerte sich in dem Punkt skeptisch: „Die Leute wollen, glaube ich, nicht nochmal eine Bundestagswahl machen. Die haben eine Wahl gehabt, und dann kann ich es gut verstehen, wenn die sagen, jetzt ist das Ergebnis (da) und jetzt rüttelt Euch zusammen.“

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Die Zeit	21.11.2017	Erst die Partei, dann das Land	Die SPD war immer stolz auf ihr Pflichtbewusstsein. Schon in Weimar waren es im Zweifel die Sozialdemokraten, die selbst dann Regierung und Republik nicht stützten, als alle anderen sich verächtlich abwandten, Die Partei war dafür traditionell dem Zorn ihrer Anhänger ausgesetzt, die die reine Lehre verraten sahen. Diese <b>Staatsräson</b> ging so weit, dass die SPD lieber Abspaltungen am linken Flügel in Kauf nahm, als die Republik in eine Regierungskrise schlittern zu lassen, mehr als einmal. Mochten die eigenen Leute noch so schimpfen, den deutschen Staat, den wollten die Sozialdemokraten nie im Stich lassen.
Die Tageszeitung	22.11.2017	Weber will patriotische Große Koalition	Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) hat sich nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche für eine große Koalition auf Bundesebene ausgesprochen. Die Sozialdemokratie müsse nun „staatstragend“ sein, sagte er Radio Bremen. Das sei kein Umfallen, sondern „ <b>Staatsräson</b> “ und „Patriotismus“.
Die Tageszeitung	25.11.2017	Die Abrüstungsverhandlungen zwischen SPD und Union gehen weiter	Dieser Präsident schöpft die Möglichkeiten seines Amtes wirklich voll aus. So viel Bewegung hat er schon einmal erreicht: Seine Unterredung mit dem Genossen Martin Schulz ist danach acht Stunden in der SPD-Führung erörtert worden. Inzwischen haben Schulz, sein noch amtierender

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			Generalsekretär Hubertus Heil und sein Intimus Karl Lauterbach deutlich gemacht, dass die Sozialdemokraten sich Gesprächen nicht verschließen, weil verantwortlich zu handeln für die SPD ja doch <b>Staatsräson</b> ist.
Spiegel Online	25.11.201 7	Die Lage am Samstag	Es war nicht Martin Schulz allein, die gesamte Parteispitze hat ihn in diese Lage gebracht. Dass nämlich ausgerechnet der einstige Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier, nun Bundespräsident, flammend an die <b>Staatsräson</b> seiner alten Freunde appellieren würde, hätten alle Genossen ahnen oder bereits wissen können. Dass die Fraktion die gerade eroberten Sitze nicht durch Neuwahlen gefährden will, ist ebenfalls naheliegend; kein Klammern an Posten, sondern allzu menschlich. Wieso also fehlten der SPD-Führung Gespür und Geschick?
Die Zeit	29.11.201 7	Endlich auch wieder mal gewinnen	Und jetzt soll es trotzdem in Berlin mit der Großen Koalition weitergehen, aus <b>Staatsräson</b> ? "Pfff!", macht Gentzel laut. Es sei doch immer dasselbe: "Die Merkel ist gesetzt, und die anderen haben die Arschkarte." Da dürfte die Partei nicht mehr mitmachen, sagt er. Und mit diesen sogenannten Inhalten brauche ihm auch keiner mehr zu kommen. "Ich will auch mal wieder eine Wahl gewinnen!"
Die Zeit	30.11.201 7	Das alte Weimarer Drama? 2x	Die SPD und ihr Vorsitzender Martin Schulz werden dieser Tage immer wieder an das Ende der von dem

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			<p>sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller geführten großen Koalition aus SPD, Zentrum, DVP und DDP im Jahr 1930 erinnert – der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik, die, so liest man, an der Weigerung der SPD gescheitert sei, einer minimalen Kürzung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Nach dem Rücktritt der Regierung Müller am 27. März 1930, so die Argumentation und der implizite Vorwurf, sei es nicht nur zur Bildung des ersten Präsidialkabinetts unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning gekommen, sondern zu Neuwahlen im September 1930 mit einem erdrutschartigen Sieg der NSDAP. Von einer Splitterpartei mit 2,6 Prozent Stimmenanteil bei den Wahlen 1928 stiegen die Nationalsozialisten mit 18,3 Prozent zur zweitstärksten Partei im Reichstag auf, wo sie nun über 107 statt über 12 Mandate verfügten. Die SPD solle sich also bitte, bitte auf ihre, wie es nun gerne heißt, "staatspolitische Verantwortung" besinnen. Parteiräson, darauf zielt das historische Beispiel, habe schon einmal über <b>Staatsräson</b> gesiegt – mit fatalen Folgen.</p>
Süddeutsche Zeitung	02.12.2017	Schleppend Richtung große Koalition	Die SPD will sich aus <b>Staatsräson</b> Gesprächen mit der Union nicht verweigern. Doch zugleich gebietet die Parteiräson: Es darf keinesfalls so

			aussehen, als sei eine Neuauflage von Schwarz-Rot bereits ausgemacht
Die Zeit	07.12.2017	Was mit der Groko droht	Ich bedauere sehr, dass sich auch die ZEIT dem Medien-Trommelfeuer angeschlossen hat, mit dem die SPD zur » <b>Staatsräson</b> « gebracht und eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen abgewendet werden sollen.
Die Tageszeitung	08.12.2017	Wer glaubwürdig ist, hat den Schaden	Nun bewegt sich die SPD in zögerlichen Schritten auf eine Große Koalition zu. Der Parteitag hat offen wie selten über die vertrackte Lage diskutiert. Allerdings wurde auch, begleitet von treuherzigen Bekundungen, auf Taktik zu verzichten, viel taktiert. So ist Schulz' Beteuerung, die Gespräche mit Merkel und Seehofer seien ergebnisoffen, eher Schwindel. Die Minderheitsregierung ist auch für die SPD-Spitze nur rhetorisches Spielzeug, um die Partei an das Unvermeidliche zu gewöhnen. Die SPD ist auf Macht und <b>Staatsräson</b> fixiert – und nicht für Experimente gemacht.
Die Zeit	08.12.2017	Was wollt ihr dann	Was anderen wiederum gar nicht passt. "Wir sind doch keine Mehrheitsbeschaffer und Steigbügelhalter für eine weitere Merkel-Regierung", schimpft ein Berliner Groko-Gegner. Wenn schon <b>Staatsraison</b> , dann wenigstens mit Ministerämtern.
Die Tageszeitung	09.12.2017	Käpt'n ohne Kompass	Nun bewegt sich die SPD zögerlich auf eine Große Koalition zu. Der Parteitag hat offen wie selten über die vertrackte Lage diskutiert. Allerdings wurde auch

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			<p>– begleitet von treuherzigen Bekundungen, auf Taktik zu verzichten</p> <p>– viel taktiert. Wenn Schulz beteuert, Gespräche mit Merkel und Seehofer seien ergebnisoffen, ist das eher Schwindel. Die Minderheitsregierung ist auch für die SPD-Spitze nur rhetorisches Spielzeug, um die Partei an das Unvermeidliche zu gewöhnen. Die Sozialdemokratie ist eben auf Macht und <b>Staatsräson</b> fixiert.</p>
Süddeutsche Zeitung	01.01.2018	„Wir müssen Heimat ernster nehmen“	<p>Also gilt in diesem Fall nicht das Motto: „Erst das Land, dann die Partei?“ Klar gilt für uns dieser Leitsatz. Doch sehe ich nicht, dass wir uns in einer Situation befinden, in der die SPD aus <b>Staatsräson</b> eine große Koalition bedingungslos und aus dem Stand heraus akzeptieren müsste. Außerdem könnten wir uns auf bestimmten Gebieten – so etwa in Sachen Europa – auch als Opposition mit einer Minderheitsregierung verständigen.</p>
Frankfurter Allgemeine Zeitung	02.01.2018	Vor dem Spitzengespräch die Konfrontation	<p>Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sieht seine Partei auch nicht aus übergeordnetem Staatsinteresse in der Pflicht, eine große Koalition einzugehen. Zwar gelte der Leitsatz „Erst das Land, dann die Partei“, sagte der 91 Jahre alte Politiker der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“. „Doch sehe ich nicht, dass wir uns in einer Situation befinden, in der die SPD aus <b>Staatsraison</b> eine große Koalition bedingungslos und aus dem Stand</p>

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			heraus akzeptieren müsste.“
Die Tageszeitung	16.01.2018	Vorwärts, Zwerge!	Womit wir bei der SPD sind, die als 20-Prozent-Partei inzwischen im Wesentlichen eine Angelegenheit der SPD-Mitglieder ist. Natürlich kann die SPD in eine Große Koalition eintreten, aus <b>Staatsräson</b> oder aus Besitzstandsdenken ihrer Funktionäre. Eine Katastrophe wäre eine solche Regierungsbeteiligung überhaupt nicht – außer für die SPD selbst.
Spiegel Online	19.01.2018	So kann Martin Schulz noch	Deshalb ist die Parteiseele mit sachlichen Erklärungen allein, etwa dem Hinweis auf die <b>Staatsräson</b> , kaum zu erreichen. Dass Jamaika scheitern kann, war schon am Wahlabend klar. Und hat Schulz durch seine Weigerung, Gespräche zu führen, dieses Scheitern nicht befeuert? FDP und Grüne wussten: Die CDU/CSU hat keine alternativen. Das lud die kleinen Parteien zu überzogenen Forderungen ein.
Die Zeit	20.01.2018	Was, wenn die SPD Nein sagt?	Das NoGroko-Lager ist kleiner, zumindest auf den ersten Blick. Da sind die Jusos. Und die zahlenmäßig eher unbedeutenden Landesverbände Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die sich, teilweise hauchdünn, gegen weitere Verhandlungen ausgesprochen haben. Was soll da schon schiefgehen? Wie man die SPD kennt, wird sie in Bonn kontrovers diskutieren, immer wieder an die eigene <b>Staatsräson</b> appellieren - und letztlich zustimmen. Aber was, wenn nicht?
Süddeutsche Zeitung	21.01.2018	Martin Schulz erreicht	Der Beifall ist schleppend und kraftlos.



Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

e Zeitung	8	nicht die Herzen der Delegierten	Aber es nützt nichts: Schulz adressiert seine Botschaften nicht an die Herzen, sondern nur an die Köpfe, es geht um die staatspolitische Verantwortung. Aber ist es nicht gerade auch ein Stück <b>Staatsräson</b> , starke sozialdemokratische Opposition zu sein? Das ist die Standardgegenfrage der Groko-Gegner. Weg will Schulz niemanden haben, zumindest sagt das niemand offen. Allerdings gibt es, sowohl bei Groko-Gegnern wie auch Befürwortern, etliche, die schon vor Beginn des Parteitags keinen Hehl daraus machen, dass sie zweifeln.
Süddeutsche Zeitung	22.01.2018	Martin Schulz und die Frage nach dem Vorsitz	Im No-Groko-Lager klingt es ähnlich: Eine ältere Delegierte aus NRW dreht nach Schulz' Appell zur <b>Staatsräson</b> einfach den Spieß um: Staatspolitische Verantwortung, das bedeute doch, eine starke sozialdemokratische Opposition zu sein. Jusos erinnern daran, dass Schulz als Kanzlerkandidat versprochen hat, eine in vielen Dingen völlig andere Politik als die Angela Merkel zu betreiben. Und überhaupt: Schulz, Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil – die seien doch „alle über oder um die 60“.
Süddeutsche Zeitung	22.01.2018	Erschöpfter Königspinguin im TV-Studio	Was war das (wieder) für ein Tag für SPD-Chef Martin Schulz. Was war das für ein Parteitag. Genossen, die sich stundenlang streiten, gegenseitig plagen, fetzen. Nur dürrer Beifall nach

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			seiner Rede – obwohl er doch seit Wochen die Last zwischen <b>Staatsräson</b> und Parteilichkeit ganz alleine schultert. Und seine Genossen mit diesem letzten, eindringlichen Appell davon überzeugen wollte, dass es richtig ist, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen. Und dann ein solch dürres Abstimmungsergebnis: 362 Ja-Stimmen, 279 dagegen. 56 Prozent. Nur 56 Prozent.
Süddeutsche Zeitung	13.02.2018	Zeit für starke Frauen	Der Staatsräson gebeugt Schulz hat sich nach dem Gespräch beim Bundespräsidenten der <b>Staatsräson</b> gebeugt und sich gegen seinen ursprünglichen Willen zum Weg in eine große Koalition bereit erklärt. Hätte er sich dem Staatswohl verweigert, hätte er sich persönlich viel erspart: den „Wortbruch“ und letztendlich seinen tiefen Fall. Der Kanzlerin wird, auch von ihrer CDU, vorgehalten, sie habe der SPD zu große Zugeständnisse gemacht, um sich die Kanzlerschaft zu erhalten. Eine sehr verkürzte Sicht, die ausklammert, dass es Merkel in erster Linie zum Wohle Deutschlands um die Bildung einer stabilen Regierung gehen musste. Eine mögliche Vermengung mit persönlichen Interessen lässt sich nie ausschalten. Ungeachtet unbestreitbarer Fehler haben Merkel wie Schulz sich von respektablen Motiven leiten lassen.
Focus Online	23.02.2018	„Ende der Fahnenstange	FOCUS Online: Sie glauben also, dass die SPD die Benennung der

		erreicht“: Wie das SPD-Umfragetief die GroKo retten könnte	Kabinettsposten am Ende doch noch vorzieht – mit Gabriel als Zugpferd und erneutem Außenminister, obgleich er weder mit Nahles noch mit Scholz gut kann? Mayer: Auch in der Vergangenheit hat es konfliktreiche Konstellationen an der SPD-Spitze gegeben, etwa bei den Trios Brandt, Wehner und Schmidt oder Lafontaine, Scharping und Schröder. Es geht doch in der Politik nicht darum, wie in einer Familie möglichst immer nett zueinander zu sein. Für die SPD geht es jetzt um etwas viel Wichtigeres, nämlich um <b>Staatsräson</b> . Parteimitglieder und Wähler im Ungewissen zu lassen und am Ende „Bätschi, du fliegst raus“ zu rufen, halte ich für keine gute Lösung.
Frankfurter Allgemeine Zeitung.	04.03.2018	Ein Stein so groß wie Willy Brandt	Es wäre nach den Krämpfen, in denen sich die SPD seit Monaten wand, nicht nötig gewesen: Doch diese Reaktion unterstreicht noch einmal, wie schwer insbesondere den Funktionären der SPD der Gang fällt, an dessen Ende die Wiederwahl Angela Merkels als Bundeskanzlerin steht. Im Herzen der SPD rangen Parteiräson und <b>Staatsräson</b> miteinander wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das Zwei-Drittel-Ergebnis ist nicht allein ein Sieg der Überzeugung, dass eine staatstragende Partei nicht nur an sich selbst denken darf. Auch sich selbst hätte die SPD mit einer Ablehnung des Koalitionsvertrags keinen Gefallen

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			<p>getan. Sie hätte sich vielmehr noch tiefer ins Unglück gestürzt. Das haben zu ihrem Glück zwei Drittel der Mitglieder erkannt.</p>
Die Zeit	04.03.2018	Die SPD leidet einfach gern	<p>Doch das ist nun vorbei. Die SPD ist sich zumindest darin treu geblieben, mit der erdrückenden <b>Staatsräson</b> zwar zu hadern, sie im Zweifel aber doch murrend zu akzeptieren. Und auch wenn die letzten Wochen düster waren, die Zukunft muss es für die Partei nicht sein. In der großen Koalition regieren nun zwei sinnsuchende Parteien miteinander.</p>
Frankfurter Allgemeine Zeitung	05.03.2018	Die Stille vor der Koalition	<p>Es wäre nach den Krämpfen, in denen sich die SPD seit Monaten wand, nicht nötig gewesen: Doch diese Reaktion unterstreicht noch einmal, wie schwer insbesondere den Funktionären der SPD der Gang fällt, an dessen Ende die Wiederwahl Angela Merkels als Bundeskanzlerin steht. Im Herzen der SPD rangen Parteiräson und <b>Staatsräson</b> miteinander wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das Zwei-Drittel-Ergebnis ist nicht allein ein Sieg der Überzeugung, dass eine staatstragende Partei nicht nur an sich selbst denken darf. Auch sich selbst hätte die SPD mit der Anlehnung des Koalitionsvertrags keinen Gefallen getan.</p>
Spiegel Online.	05.03.2018	Dann mal los	<p>"Die SPD hat aus Angst vor dem Tod nicht Selbstmord begangen. Der Stein, der deshalb vielen Politikern in Berlin vom Herzen fiel - bei Weitem nicht nur</p>

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

			<p>in den Reihen der Sozialdemokraten -, muss in etwa so groß gewesen sein wie das Willy-Brandt-Standbild in der SPD-Zentrale." Zu diesem Schluss kommt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die aber auch darauf verweist, dass die Genossen dort nach der Ergebnisverkündung nicht jubelten. "Im Herzen der SPD rangen Parteiräson und <b>Staatsräson</b> miteinander wie seit Jahrzehnten nicht mehr."</p>
--	--	--	--

**Abbildungsverzeichnis**

*Abbildung 1: Anzahl der Medienartikel nach Phasen.....27*  
*Abbildung 2: Anzahl der Artikel nach Phase und Zeitung.....28*  
*Abbildung 3: Prozentualer Anteil der Artikel nach Herkunft der Aussage über Staatsräson..29*  
*Abbildung 4: Zeitverlauf mit Artikeln nach der Herkunft der Aussage mit dem Inhalt über den Begriff der Staatsräson (Auswahl).....29*  
*Abbildung 5: Prozentuale Anteile des Kontextes von Staatsräson in Zusammenhang mit der SPD in den Artikeln.....31*  
*Abbildung 6: Zeitverlauf der Artikel nach der Bewertung vom Eintritt der SPD in eine GroKo aus Staatsräson.....32*  
*Abbildung 7: Bewertung von Eintritt der SPD in GroKo aus Staatsräson nach Herkunft der Aussage.....33*

## Literaturverzeichnis:

### Primärliteratur

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Berlin, März 2018; unter: <https://www.cdu.de/koalitionsvertrag-2018> [Stand: 08.11.2018].

### Sekundärliteratur

#### o Monografien

Anter, Andreas: Theorien der Macht zur Einführung, Junius Verlag, Hamburg, 2012.

Beyme von, Klaus: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Springer Verlag, Wiesbaden, 2017.

Döring, Detlef: Samuel Pufendorf in der Welt des 17. Jahrhunderts, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt am Main, 2012.

Hobbes, Thomas; Hahmann, Andree (Hrsg.); Hüning, Dieter (Hrsg.); Zühlke, Isabella (Hrsg.): De Cive Vom Bürger, Reclam Verlag, Ditzingen, 2017.

Hobbes, Thomas; Fetscher, Iring (Hrsg.): Leviathan, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2011.

Huber, Jürgen: Guicciardinis Kritik an Machiavelli, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, 2004.

Hubbeling, H. G.: Spinoza, Alber Verlag, Freiburg, 1978.

Isensee, Josef: Gemeinwohl und öffentliches Amt Vordemokratische Fundamente des Verfassungsstaates, Springer Verlag, Wiesbaden, 2014.

Landmann, Georg Peter (Hrsg.): Geschichte des Peloponnesischen Krieges; Thukydides, Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1981.

Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1990.

Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (Hrsg.): Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1977.

Münkler, Herfried: Im Namen des Staates: die Begründung der Staatsräson in der Frühen Neuzeit, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1987.

Münkler, Herfried (Hrsg.): Niccolò Machiavelli Politische Schriften, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1991.

Münkler, Herfried: Thomas Hobbes, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2001.

Münkler, Herfried (Hrsg.); Voigt, Rüdiger (Hrsg.); Walkenhaus, Ralf (Hrsg.): Demaskierung der Macht Niccolò Machiavellis Staats- und Politikverständnis, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2013.

Nitschke, Peter: Staatsräson kontra Utopie?, Metzler Verlag, Stuttgart, 1995.

Schubert, Klaus; Klein, Martina: Das Politiklexikon, Dietz Verlag, Bonn, 2006.

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Stockhammer, Nicolas: *Das Prinzip der Macht Die Rationalität politischer Macht bei Thukydides, Machiavelli und Michel Foucault*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2009.

o **Sammelbände**

Höffe, Otfried (Hrsg.): *Vernunft oder Macht? Zum Verständnis von Philosophie und Politik*, Francke Verlag, Tübingen, 2006.

Höffe, Otfried (Hrsg.): *Thomas Hobbes Anthropologie und Staatsphilosophie*, Universitätsverlag, Freiburg, 1981.

o **Schriftenreihe**

Arndt, Friedrich: *Modi des Demokratischen: Zum Verhältnis von Macht und Demokratie*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2014; in: Hetzel, Andreas (Hrsg.); Flügel-Martinsen, Oliver (Hrsg.): *Zeitgenössische Diskurse des Politischen, Band 5*.

Brunner, José; Avraham, Doron; Zepp, Marianne: *Politische Gewalt in Deutschland: Ursprünge, Ausprägungen, Konsequenzen*, Wallstein Verlag, Göttingen, 2014; in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band 42*.

Crueger, Hans-Christian: *Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland Theoretische Grundlagen und politikwissenschaftlicher Diskurs*, Dunker & Humboldt Verlag, Berlin, 2012; in: *Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 171*.

Kersting, Wolfgang: *Niccolò Machiavelli*, Verlag C. H. Beck, München, 1988; in: *Beck'sche Reihe: Große Denker, Bd. 515*.

Meinecke, Friedrich; Hofer, Walter (Hrsg.): *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, R. Oldenbourg Verlag, München, 1957, *Friedrich Meinecke Werke, Band 1*.

Pesch, Otto Hermann (Hrsg.): *Humanismus und Reformation – Martin Luther und Erasmus von Rotterdam in den Konflikten ihrer Zeit*; in: Bader, Dietmar (Hrsg.): *Schriftenreihe der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg*, Verlag Schnell und Steiner, München, 1985.

Stolleis, Michael: *Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit: Studien zur Geschichte des öffentlichen Rechts*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1990; in: *Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 878*.

Stolleis, Michael: *Staatsraison, Recht und Moral in philosophischen Texten des späten 18. Jahrhunderts*, Anton Hain Verlag, Meisenheim am Glan, 1972; in: *Monographien zur philosophischen Forschung, Band 86*.

Voigt, Rüdiger: *Staatsräson: Steht die Macht über dem Recht?*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2012; in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): *Staatsverständnisse, Band 50*.

Weinacht, Paul-Ludwig: *Staat – Staatsräson – Staatsbürger Studien zur Begriffsgeschichte und zur politischen Theorie*, Dunker & Humboldt Verlag, Berlin, 2014; in: *Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 180*.

Zimmer, Matthias: *Nationales Interesse und Staatsräson: zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982- 1989*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn, 1992, *Studien zur Politik, Band 18*.



o **Aufsätze und Artikel**

Lenz, Georg: *Zur Lehre von der Staatsräson*; in: Piloty, Robert (Hrsg.); Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (Hrsg.); Triepel, Heinrich (Hrsg.); Koellreutter, Otto: *Archiv des öffentlichen Rechts, Band 9*, Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen, 1925.

Zimmer, Matthias: *Die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1998*; in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Springer Verlag, Wiesbaden, 2009, Vol. 2, S. 66- 83.

o **Zeitungen und Zeitungsartikel**

Conze, Eckart: *Das alte Weimarer Drama?*, *Die Zeit*, Nr. 49, 72. Jahrgang, vom 30.11.2017, S. 22.

Deininger, Roman; Wittl, Wolfgang: *Es ist angerichtet*, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 222, vom 26.09.2017, S. 3.

Fried, N.; Hickmann, C.; Rossmann, R.: *Schleppend Richtung große Koalition*, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 277, 73. Jahrgang, vom 02./ 03.12.2017, S. 1.

Kohler, Berthold: *Die Stille vor der Koalition*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 05.03.2018, S. 1.

Maicher, Peter: *Zeit für starke Frauen*, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 36, vom 13.02.2018, S. 13.

Mutius von, Gisela: *Was mit der Groko droht*, *Die Zeit*, Nr. 51, vom 07.12.2017, S. 20.

Streek, Wolfgang: *Merkel Ein Rückblick*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 16.11.2017, S. 11.

Wittl, Wolfgang: *Einer muss draußen bleiben*, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 48, vom 27.02.2018, S. 33.

o **Internetquellen**

Bundeszentrale für politische Bildung: *Bundestagswahlen 1949-2009*; unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009> [Stand: 12.12.2018].

Bundeszentrale für politische Bildung: *Etappen der Parteigeschichte der AfD*, vom 16.07.2018; unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273130/geschichte> [Stand: 13.12.2018].

Bundeszentrale für politische Bildung: *Kurz und bündig: Die AfD*, vom 16.07.2018; unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig> [Stand: 13.12.2018].

Bundesregierung.de: *Wie geht es weiter mit der Regierungsbildung?*; unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/wie-geht-es-weiter-mit-der-regierungsbildung--181658> [Stand: 10.11.2018].

Der Spiegel: *"Dann mal los, bitte!"*, vom 05.03.2018; unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-sagt-ja-zur-groko-pressestimmen-dann-mal-los-bitte-a-1196483.html> [Stand: 10.11.2018].

Der Spiegel: *Die Lage am Samstag*, vom 25.11.2017; unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/news-des-tages-wankelmuetige-sozialdemokraten-christian-lindner-robert-mugabe-a-1180225.html> [Stand: 10.11.2018].

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Der Spiegel: *So kann Martin Schulz noch Führungsstärke beweisen*, vom 19.01.2018; unter: <http://www.spiegel.de/karriere/martin-schulz-so-kann-er-jetzt-noch-fuehrungsstaerke-beweisen-a-1188538.html> [Stand: 10.11.2018].

Die Tageszeitung: *Die Abrüstungsverhandlungen zwischen SPD und Union gehen weiter*, vom 25.11.2017; unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/regierungsbildung-die-abruestungsverhandlungen-zwischen-spd-und-union-gehen-weiter/20629130.html> [Stand: 09.11.2018].

Die Tageszeitung: *Käpt'n ohne Kompass*, vom 09.12.2017; unter: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/5464505&s=Staatsr%C3%A4son&SuchRahmen=Print/> [Stand: 08.11.2018].

Die Tageszeitung: *Vorwärts, Zwerge!*, vom 16.01.2018; unter: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/5477208&s=Staatsr%C3%A4son/> [Stand: 09.11.2018].

Die Tageszeitung: *Weber will patriotische Große Koalition*, vom 22.11.2017; unter: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5461420&s=Staatsr%C3%A4son&SuchRahmen=Print/> [Stand: 08.11.2018].

Die Tageszeitung: *Wer glaubwürdig ist, hat den Schaden*, vom 08.12.2017; unter: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5469077&s=Staatsr%C3%A4son/> [Stand: 09.11.2018].

Duden: *Räson*; unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Raeson> [Stand: 16.10.2018].

Duden: *Staatsräson*; unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Staatsraeson> [Stand: 16.10.2018].

Duden: *Staatsraison*; unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Staatsraison> [Stand: 16.10.2018].

Filosofia: *Archivio della Ragion di Stato on line*; unter: <http://www.filosofia.unina.it/ars/immprud9.html> [Stand: 14.12.2018].

Focus Online: *Christian Weber: SPD darf sich GroKo nicht verweigern*, vom 21.11.2017; unter: [https://www.focus.de/regional/bremen/parteien-sieling-keine-grosse-koalition-durch-die-hintertuer\\_id\\_7872892.html](https://www.focus.de/regional/bremen/parteien-sieling-keine-grosse-koalition-durch-die-hintertuer_id_7872892.html) [Stand: 08.11.2018].

Focus Online: *"Ende der Fahnenstange erreicht": Wie das SPD-Umfragetief die GroKo retten könnte*, vom 23.02.2018; unter: [https://www.focus.de/politik/deutschland/angst-als-argument-ende-der-fahnenstange-erreicht-wie-das-spd-umfragetief-die-groko-retten-koennte\\_id\\_8511824.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/angst-als-argument-ende-der-fahnenstange-erreicht-wie-das-spd-umfragetief-die-groko-retten-koennte_id_8511824.html) [Stand: 08.11.2018].

Focus Online: *Kritik an Behörde gegen Judenhass: "Gut gemeint, aber Größenwahnsinnig"*, vom 18.01.2018; unter: [https://www.focus.de/politik/deutschland/beauftragter-fuer-antisemitismus-kritik-an-behoerde-gegen-judenhass-gut-gemeint-aber-groessenwahnsinnig\\_id\\_8321801.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/beauftragter-fuer-antisemitismus-kritik-an-behoerde-gegen-judenhass-gut-gemeint-aber-groessenwahnsinnig_id_8321801.html) [Stand: 08.11.2018].

Focus Online: *Ökonomen-Stimmen zum Ausgang der Bundestagswahl*, vom 25.09.2017; unter: [https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/wahl-oekonomen-stimmen-zum-ausgang-der-bundestagswahl\\_id\\_7634042.html](https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/wahl-oekonomen-stimmen-zum-ausgang-der-bundestagswahl_id_7634042.html) [Stand: 08.11.2018].

Focus Online: *Ramelow für Minderheitsregierung*, vom 20.11.2017; unter: [https://www.focus.de/regional/thueringen/geschichte-ramelow-zu-volkstrauertag-europa-muss-zusammenwachsen\\_id\\_7866738.html](https://www.focus.de/regional/thueringen/geschichte-ramelow-zu-volkstrauertag-europa-muss-zusammenwachsen_id_7866738.html) [Stand: 08.11.2017].

Focus Online: *So könnte es zwischen Union, Grünen und FDP funktionieren*, vom 25.09.2017; unter: [https://www.focus.de/finanzen/experten/jamaika-koalition-so-koennte-es-zwischen-cdu-gruenen-und-fdp-funktionieren\\_id\\_7633760.html](https://www.focus.de/finanzen/experten/jamaika-koalition-so-koennte-es-zwischen-cdu-gruenen-und-fdp-funktionieren_id_7633760.html) [Stand: 08.11.2018].

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Focus Online: *Thüringer CDU-Chef Mohring wirbt für Gespräche mit SPD*, vom 20.11.2017; unter: [https://www.focus.de/regional/thueringen/parteien-thueringer-cdu-chef-mohring-wirbt-fuer-gespraech-mit-spd\\_id\\_7869402.html](https://www.focus.de/regional/thueringen/parteien-thueringer-cdu-chef-mohring-wirbt-fuer-gespraech-mit-spd_id_7869402.html) [Stand: 08.11.2018].

Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Aus für Jamaika*, vom 20.11.2017; unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/agenda/der-tag-aus-fuer-jamaika-15300958.html> [Stand: 08.11.2018].

Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Mathematik kann Politik nicht ersetzen*, vom 26.09.2017; unter: [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/tv-kritik-zu-hart-aber-fair-ueber-jamaika-koalition-15218463.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_0](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/tv-kritik-zu-hart-aber-fair-ueber-jamaika-koalition-15218463.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0) [Stand: 09.11.2018].

Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Vor dem Spitzengespräch die Konfrontation*, vom 02.01.2018; unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/herrmann-warnt-vor-debatten-ueber-zukunft-von-merkel-und-seehofer-15369990.html> [Stand: 09.11.2018].

Infratest dimap: *ARD-Deutschlandtrend November 2017*; unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2017/november/> [Stand: 13.12.2018].

Infratest dimap: *ARD-Deutschlandtrend Dezember 2017*; unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2017/dezember/> [Stand: 13.12.2018].

Süddeutsche Zeitung: *Erschöpfter Königspinguin im TV-Studio*, vom 22.01.2018; unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/anne-will-zur-spd-martin-schulz-erschoepfter-koenigspinguin-im-tv-studio-1.3833224> [Stand: 08.11.2018].

Süddeutsche Zeitung: *Martin Schulz erreicht nicht die Herzen der Delegierten*, vom 21.01.2018; unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rede-auf-spd-parteitag-martin-schulz-erreicht-nicht-die-herzen-der-delegierten-1.3834891> [Stand: 09.11.2018].

Süddeutsche Zeitung: *Martin Schulz und die Frage nach dem Vorsitz*, vom 22.01.2018; unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/schulz-und-die-offene-v-frage-1.3835325> [Stand: 09.11.2018].

Süddeutsche Zeitung: *"Wir müssen Heimat ernster nehmen"*, vom 01.01.2018; unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/hans-jochen-vogel-ueber-die-spd-grosse-koalition-nicht-bedingungslos-akzeptieren-1.3808997> [Stand: 09.11.2018].

Tagesschau: *Jamaika-Sondierung: Gespräche von CDU, CSU, FDP und Grünen beginnen*, vom 20.10.2017; unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-339187.html> [Stand: 10.11.2018].

Tagesschau: *Wahlergebnis*, vom 25.09.2017; unter: [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/charts/index/chart\\_243921.shtml](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/charts/index/chart_243921.shtml) [Stand: 08.11.2018].

Tagesschau: *Bundestagswahl 2013*; unter: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/index.shtml> [Stand: 12.12.2018].

Tagesspiegel: *CDU und CSU verlieren massiv*, vom 24.09.2017; unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagswahl-2017-cdu-und-csu-verlieren-massiv/20370094.html> [Stand: 08.11.2018].

Zeit Online: *Das alte Weimarer Drama?*, vom 29.11.2017; unter: <https://www.zeit.de/2017/49/regierungsbildung-spd-grosse-koalition-weimar-reichstag> [Stand: 08.11.2018].

Wo liegen die Ursprünge des Begriffes der Staatsräson

Zeit Online: *Die SPD leidet einfach gern, vom 04.03.2018; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/sozialdemokraten-spd-grosse-koalition-regierung-opposition-erneuerung/komplettansicht> [Stand: 10.11.2018].*

Zeit Online: *Endlich auch wieder mal gewinnen, vom 29.11.2017; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/spd-wahlniederlage-cdu-thueringen-landtagswahl/komplettansicht> [Stand: 10.11.2018].*

Zeit Online: *Erst die Partei, dann das Land, vom 21.11.2017; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/spd-grosse-koalition-jamaika-sondierungen/komplettansicht> [Stand: 10.11.2018].*

Zeit Online: *Große Koalition oder große Komplikationen, vom 06.09.2017; unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/koal-o-mat-bundestagswahl-koalitionen> [Stand: 08.11.2018].*

Zeit Online: *Riss durch die Mitte, vom 07.02.2018; unter: <https://www.zeit.de/2018/07/parteien-ausrichtung-neu-global-national/komplettansicht> [Stand: 10.11.2018].*

Zeit Online: *Steinmeier lädt Parteichefs zu Gesprächen, vom 21.11.2017; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/regierungsbildung-frank-walter-steinmeier-fdp-gruene-spd-union> [Stand: 10.11.2017].*

Zeit Online: *Was, wenn die SPD Nein sagt?, vom 20.01.2018; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/grosse-koalition-spd-basis-widerstand-parteitag> [Stand: 10.11.2018].*

Zeit Online: *Was wollt ihr dann?, vom 08.12.2017; unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/sozialdemokratische-partei-deutschlands-martin-schulz-grosse-koalition-spd-gegner/komplettansicht> [Stand: 10.11.2018].*